

Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig.
**Integrierte Sicherheit
für Deutschland**

Nationale Sicherheitsstrategie



Die
Bundesregierung

Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig.
**Integrierte Sicherheit
für Deutschland**

Nationale Sicherheitsstrategie

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

es ist die wichtigste Aufgabe eines jeden Staates, einer jeden Gesellschaft, für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, keine Stabilität, keinen Wohlstand.

Deutschland tut das. Wir sind ein Land mit einer gefestigten Demokratie, mit einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer leistungsfähigen Wirtschaft. Wir haben Freunde, Partner und Verbündete in der Welt, die unsere Werte und Interessen teilen. Daraus erwächst unsere Stärke.

Wir brauchen sie. Denn Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt die europäische Sicherheitsordnung fundamental in Frage. Zugleich verändert sich die globale Ordnung: Neue Machtzentren entstehen, die Welt des 21. Jahrhunderts ist multipolar. Der menschengemachte Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen, und er hat auch Folgen für die Stabilität ganzer Länder und Regionen.

Auf solche strategischen Veränderungen stellen wir uns ein. Die Zeitenwende, die Russlands Angriffskrieg bedeutet, nehmen wir zum Anlass, um unsere Bundeswehr endlich angemessen auszurüsten. Damit sie ihren Kernauftrag auch in Zukunft erfüllen kann: die Verteidigung unseres Landes und unserer Bündnispartner gegen jeden nur denkbaren Angriff. In nur wenigen Monaten haben wir uns aus der Abhängigkeit von russischer Energie befreit und Alternativen geschaffen. Diesen Weg hin zu mehr Sicherheit und weniger Abhängigkeit gehen wir konsequent weiter.



Dafür legen wir einen breiten Sicherheitsbegriff zugrunde. Wir brauchen eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung unseres Landes. Wir investieren deshalb in neue Partnerschaften mit den aufstrebenden Ländern Asiens, Afrikas oder Amerikas und stellen unsere Handelsbeziehungen breiter auf. Und wir stellen sicher, dass unsere Gesellschaft vorbereitet und widerstandsfähig ist, beispielsweise bei Katastrophen und Cyber-Angriffen, aber auch bei gezielten Desinformationskampagnen.

Unser Kompass ist dabei diese Nationale Sicherheitsstrategie, die erste in der Geschichte unseres Landes. Ihr Ziel ist klar: Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu wahren und unseren Beitrag zur Sicherheit Europas zu leisten.

Unsere europäische Verwurzelung, die Einbettung in das transatlantische Bündnis, die Stärke unserer Wirtschaft, vor allem aber der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind ein sicheres Fundament, von dem aus wir dieses Ziel gemeinsam erreichen.

Olaf Scholz,
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

unser Frieden ist verletzlich. Unsere Freiheit ist kostbar. Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei selbstverständlich. Doch unsere Friedensordnung ist nicht in Stein gemeißelt. Das sehen wir spätestens seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Auch die Klimakrise gefährdet die Sicherheit der Menschen in unserem Land, mit Fluten und Hitzewellen. Die Corona-Pandemie, Cyberattacken, Desinformationskampagnen – all diese Bedrohungen zeigen, wie verwundbar wir sind. Uns in allen Lebensbereichen robuster zu machen, das ist Ziel dieser ersten Nationalen Sicherheitsstrategie. Denn Sicherheit bedeutet im 21. Jahrhundert auch, dass im Winter unsere Heizungen laufen. Sicherheit bedeutet, dass wir in Apotheken Medikamente für unsere Kinder finden. Dass unsere Smartphones funktionieren, weil die notwendigen Mikrochips verlässlich geliefert werden können. Dass wir sicher zur Arbeit kommen, weil unsere Züge nicht durch Cyberanschläge lahmgelegt sind.

Weil neue Bedrohungen komplex sind und alle Bereiche von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft treffen, spannen wir unsere Sicherheitspolitik „integriert“ über all diese Bereiche. Integrierte Sicherheitspolitik bedeutet, Sicherheitsfragen konsequent mitzudenken: nicht nur bei Entscheidungen zur Ausstattung der Bundeswehr, sondern auch bei der Frage, wie verlässlich unsere Lieferketten sind oder wie frei unsere Medienlandschaft ist.

In Gesprächen der letzten Monate haben mir viele Bürgerinnen und Bürger gesagt, wie sehr ihnen



auf einmal neu bewusst ist, dass wir uns mehr um unsere Sicherheit kümmern müssen. Ich glaube, wir können als Gesellschaft von 84 Millionen Menschen voller Zuversicht auf diese Aufgabe schauen: Denn wir haben das Glück, in einem freien, weltoffenen und wohlhabenden Land zu leben. In einem starken Land, im Herzen Europas, umgeben von Partnern, die füreinander eintreten.

Dabei geht es um drei Dimensionen von Sicherheit. Erstens, den Schutz vor Krieg und Gewalt, die Unverletzlichkeit unseres Lebens. Unser Land muss wehrhaft sein, um sich und seine Verbündeten vor äußerer Gewalt zu schützen. Deswegen investieren wir in unsere Bundeswehr. Deswegen festigen wir den europäischen Pfeiler der NATO und die Ostflanke unseres Bündnisses. Wir stärken die Europäische Union, denn sie ist unsere Lebensversicherung, unsere Friedensversicherung. Klar ist: Deutschland trägt mit seiner wirtschaftlichen Stärke, seinem diplomatischem Gewicht und seiner Geschichte besondere Verantwortung – wir werden zukünftig mehr beitragen zur Sicherheit auf dem europäischen Kontinent.

Aber Sicherheit bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Sicherheit bedeutet auch, so frei zu sein, dass wir unser Leben, unsere Demokratie, unsere Wirtschaft so gestalten können, wie wir es möchten. Ohne politischen Zwang, ohne wirtschaftliche

Abhängigkeiten. Der Schutz dieser Freiheit ist die zweite Dimension unserer Sicherheit.

Um sie zu stärken, müssen wir als Gesellschaft widerstandsfähiger werden – gegen Angriffe auf unsere Freiheit von außen und Verwundbarkeiten im Innern. Deswegen beenden wir unsere Abhängigkeit von Energie aus Russland. Wir haben jeden Kubikmeter russisches Gas doppelt und dreifach mit unserer nationalen Sicherheit bezahlt. In Zukunft werden wir Sicherheitspolitik stärker mitdenken bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen. Das gilt bei der Frage, wo wir Medikamente, Rohstoffe und Energie kaufen. Aber auch mit Blick darauf, welche Akteure in unsere kritische Infrastruktur investieren dürfen. Wir diversifizieren unsere Wirtschaft, damit sie stabiler ist.

Auch international treten wir für eine Ordnung ein, in der Regeln und Recht gelten, nicht Macht und Willkür. Das ist kein Selbstläufer in einer Welt zunehmender systemischer Rivalität. Für unsere fundamentalen Werte – für die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Menschenrechte und des Völkerrechts – werden wir noch stärker eintreten müssen. Wir setzen auf Partnerschaften, die beiden Seiten nützen, die nachhaltig sind und die keine einseitigen Abhängigkeiten schaffen. Dafür werden wir unsere Instrumente stärker verzahnen – von der Krisenprävention über Stabilisierungsmaßnahmen bis hin zur nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit.

Keine der Veränderungen unserer Zeit ist dabei so tiefgreifend wie die Klimakrise. Heute fliehen mehr Menschen vor den Auswirkungen der Klimakrise als vor bewaffneten Konflikten. Sicherheit im 21. Jahrhundert heißt daher gerade auch, unsere natürlichen Lebensgrundlagen

zu schützen – dies ist die dritte Dimension von Sicherheit. Als großes Industrieland hat Deutschland eine besondere Verantwortung dafür, seine Emissionen zu reduzieren. Aber auch dafür, neue technologische Wege aufzuzeigen und Partnerschaften mit Ländern zu stärken, die besonders unter immer stärkeren Stürmen, Dürren und Hitze leiden. Investitionen in unser Klima verhelfen Menschen überall auf der Welt zu Wohlstand und Entwicklung und fördern unsere Sicherheit.

Wie in anderen Krisen sind es Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen, die besonders hart unter Klimaschäden leiden. Nach Naturkatastrophen müssen Kinder die Schule abbrechen, um zu arbeiten; Gewalt gegen Frauen nimmt zu. Frauenrechte und die Rechte verletzlicher Gruppen sind ein Gradmesser für den Zustand unserer Gesellschaften und damit unserer Sicherheit. Integrierte Sicherheit bedeutet, dass wir die individuellen Sicherheitsbelange von Menschen in den Fokus rücken.

Zum ersten Mal formulieren wir unsere Politik so umfassend in einer Nationalen Sicherheitsstrategie. Dieser Text ist kein Schlusspunkt, sondern ein Anfang. Die Strategie wird so stark sein, wie die Menschen, die sie tragen: Unsere Sicherheit geht uns alle etwas an. Wir haben es in der Hand, gemeinsam zu schützen, was uns lieb und wertvoll ist: die Sicherheit der Freiheit unseres Lebens. Wehrhaft, resilient und nachhaltig. Für uns und die Zukunft unserer Kinder.



Annalena Baerbock,
Bundesministerin des Auswärtigen der
Bundesrepublik Deutschland



18

Deutschland
in Europa
und der Welt.



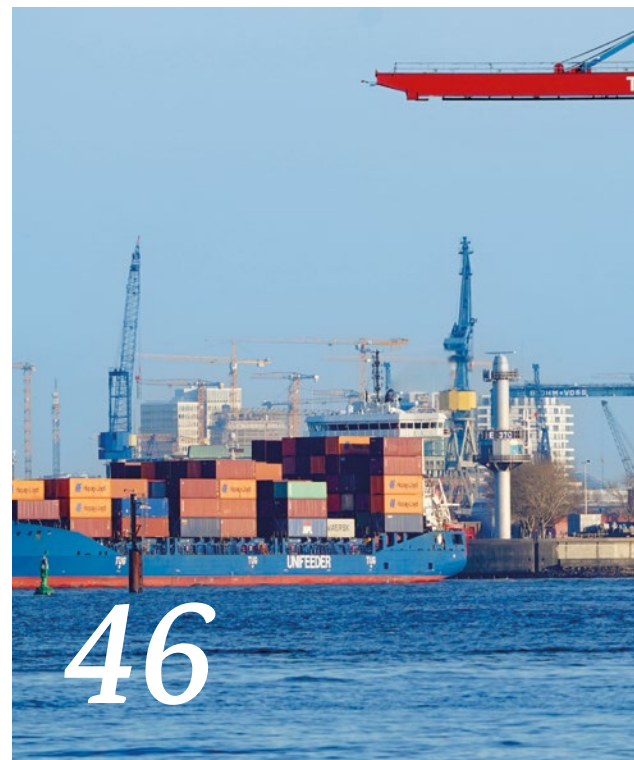
30

Wehrhaft: Frieden in Freiheit



Nachhaltig: Die Sicherheit
unserer Lebensgrundlagen

64



46

Resilient: Die Sicherung
unserer Werte durch
innere Stärke

Inhalt



VORWORTE	5
Bundeskanzler Olaf Scholz	5
Bundesministerin Annalena Baerbock	6
ZUSAMMENFASSUNG	10
DEUTSCHLAND IN EUROPA UND DER WELT	18
Unsere sicherheitspolitische Identität	19
Unsere Werte und Interessen	20
Unser sicherheitspolitisches Umfeld	22
INTEGRIERTE SICHERHEIT FÜR DEUTSCHLAND	28
Wehrhaft: Frieden in Freiheit	30
Resilient: Die Sicherung unserer Werte durch innere Stärke	46
Nachhaltig: Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen	64
INTEGRIERTE SICHERHEIT GEMEINSAM GESTALTEN	73

Zusammen- fassung



„In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“

– auf der Grundlage dieses Auftrags aus dem Grundgesetz wollen wir eine freie internationale Ordnung mitgestalten, die dem Völkerrecht, der Charta der Vereinten Nationen, der souveränen Gleichheit der Staaten, der Gewaltfreiheit, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und den universellen Menschenrechten verpflichtet ist.

Mit dieser Nationalen Sicherheitsstrategie beschreibt die Bundesregierung, was dies für unsere Gegenwart bedeutet und welche Schlüsse für die Zukunft sie daraus zieht, um die Sicherheit unseres Landes und seiner Menschen zu gewährleisten. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass dies mit einer Politik der Integrierten Sicherheit gelingen kann: Wir verstehen darunter das Zusammenwirken aller relevanten Akteure, Mittel und Instrumente, durch deren Ineinandergreifen die Sicherheit unseres Landes umfassend erhalten und gegen Bedrohungen von außen gestärkt wird.

Was uns prägt *Deutschland in der Welt*

Als bevölkerungsreichstes Land und größte Volkswirtschaft im Herzen Europas trägt Deutschland besondere Verantwortung für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität sowie einen nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen. Diese Verantwortung nehmen wir auch im Bewusstsein unserer Geschichte wahr. Deshalb sind wir dankbar für die Aussöhnung mit unseren europäischen Nachbarn und übernehmen weiter Verantwortung für das Existenzrecht Israels.

Übergeordnetes Leitbild des Handelns der Bundesregierung ist der Schutz unseres Landes, dessen freiheitlicher demokratischer Grundordnung und unserer Werte. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik ist einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet. Mit unserem Nachbarn Frankreich verbindet uns eine tiefe, durch die Überwindung historischer Feindbilder geprägte Freundschaft, der wir wesentliche Schritte der für uns unverzichtbaren europäischen Einigung verdanken. Zugleich sind wir fest in der transatlantischen Allianz verwurzelt, einem Ausdruck unserer engen Verbundenheit und Partnerschaft mit den USA.

Wo wir stehen *Deutschland und Europa in einem veränderten Sicherheitsumfeld*

Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld ist im Umbruch, wir erleben eine Zeitenwende.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein Bruch des Völkerrechts und der europäischen Sicherheitsordnung. Das heutige Russland ist auf



absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.

Wir leben in einem Zeitalter wachsender Multipolarität. Einige Staaten versuchen, die bestehende internationale Ordnung entsprechend ihrer Auffassung von systemischer Rivalität umzugestalten.

In dieser internationalen Lage ist China Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Wir sehen, dass dabei die Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren zugenommen haben; zugleich aber bleibt China ein Partner, ohne den sich viele der drängendsten globalen Herausforderungen nicht lösen lassen.

In Europas Nachbarschaft beeinträchtigen Kriege, Krisen und Konflikte die Sicherheit Deutschlands und Europas. Fragile Staaten werden zu einem Entstehungs- und Rückzugsort des Terrorismus; innere Konflikte greifen auf andere Staaten über.

Jenseits dessen sehen sich unsere Gesellschaft und Wirtschaft komplexen Bedrohungen ausgesetzt: Terrorismus, Extremismus, Organisierte Kriminalität und illegale Finanzflüsse nehmen zu, ebenso Cyberangriffe, die große Schäden verursachen und Risiken für Sicherheit und Stabilität bergen. Unsere Kritischen Infrastrukturen sind vermehrt das Ziel erheblicher Bedrohungen und Störungen. Eine gesicherte Versorgung mit Energieträgern und Rohstoffen ist gefährdet. Auch die

internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen haben eine sicherheitspolitische Dimension. Einseitige Abhängigkeiten können sich dabei zu sicherheitspolitischen Risiken entwickeln.

Die Klimakrise bedroht unsere Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Sie hat bereits heute sicherheitspolitisch relevante Folgen. Die Auswirkungen dieser Krise können wir nicht mehr komplett verhindern, sondern nur noch eindämmen. Armut und Hunger, Krankheiten und die Zerstörung natürlicher Lebensräume bedrohen Millionen von Menschen weltweit.

Was wir tun

Integrierte Sicherheit

Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land, mit einer gefestigten Demokratie und starken Partnern in Europa und der Welt. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit deshalb mit Selbstvertrauen und Zuversicht an. In einer veränderten Welt verstärken wir unsere Anstrengungen, damit unser Land sicher und frei bleibt. Mit einer Politik der Integrierten Sicherheit sorgen wir dafür, dass Deutschland wehrhaft und resilient ist und nachhaltig handelt.

Wehrhaft

Frieden in Freiheit

Oberste Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik ist es sicherzustellen, dass wir in unserem Land auch künftig in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Deutschlands Sicherheit ist untrennbar

mit der unserer europäischen Partner und Verbündeten verbunden. Unser Bekenntnis zu NATO und EU ist unverrückbar. Wir stehen unverbrüchlich zum Versprechen auf gegenseitigen Beistand nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Die Bundeswehr stärken wir als einen Grundpfeiler der Verteidigung in Europa. Landes- und Bündnisverteidigung ist Kernauftrag der Bundeswehr; dieser umfasst auch unseren Beitrag zur Abschreckungsfähigkeit der Allianz. Zunächst auch durch das neu geschaffene Sondervermögen Bundeswehr werden wir im mehrjährigen Durchschnitt unseren 2%-BIP-Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen erbringen. Zugleich werden wir unsere Investitionen in den Schutz Kritischer Infrastrukturen, Cyberfähigkeiten, eine handlungsfähige Diplomatie, den Bevölkerungsschutz, die Stabilisierung unserer Partner sowie eine engagierte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stärken.

Zivilverteidigung und Bevölkerungsschutz wollen wir in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz stärken, bei dem Bundesregierung, Länder, Kommunen, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Verantwortung übernehmen. Wir verbessern die Unterstützung des Bundes für die Länder im Katastrophenschutz und erhöhen die Resilienz unserer Kritischen Infrastrukturen.

Unser Ziel bleibt ein Europa, das in Frieden und Freiheit geeint ist. Wir wollen die Europäische Union zu einer geopolitisch handlungsfähigen Akteurin machen, die ihre Sicherheit und Souveränität auch für zukünftige Generationen gewährleistet. Die Bundesregierung setzt sich für die weitere Integration der EU, ihren Zusammenhalt und für die Erweiterung um die Staaten des Westbalkans, die Ukraine, die Republik Moldau



NATO-Hauptquartier

und perspektivisch auch um Georgien ein. Um die EU auf diese Erweiterung vorzubereiten und ihre Handlungsfähigkeit zu sichern, sind Reformen innerhalb der EU unabdingbar.

Unsere Sicherheit ist verbunden mit der Sicherheit und Stabilität anderer Weltregionen. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nimmt eine zentrale Rolle in unserem Krisenmanagement ein. Im Sinne Integrierter Sicherheit fassen wir bei Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung zivile, militärische und polizeiliche Mittel zusammen und binden diese international und multilateral in unser Handeln ein. Die Bundesregierung wird dabei die Interessen von Frauen und benachteiligten

Bevölkerungsgruppen im Sinne einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik besonders berücksichtigen.

Die Bundesregierung wird ihr Engagement zur Bekämpfung von Armut und Hunger, sozialer Ungleichheit und der Klimakrise verstärken. Dort, wo Regierungen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit untergraben, richten wir unsere Zusammenarbeit stärker auf nichtstaatliche Akteure, die lokale Ebene sowie auf multilaterale Ansätze aus. Zugleich stärken wir jene Partnerregierungen, die sich wie wir für die internationale Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts einsetzen. Die Bundesregierung wird ihre Entwicklungspolitik noch stärker an ihren strategischen Zielen ausrichten.

Wir werden unseren Einsatz für den Erhalt der globalen Rüstungskontrollarchitektur, nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung auf Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags verstärken. Unser Ziel bleibt eine sichere Welt ohne Atomwaffen.

Bei der Kontrolle von Rüstungsexporten wird die Bundesregierung an ihrer restriktiven Grundlinie festhalten. Sie wird bei ihren Entscheidungen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Empfängerland besonders berücksichtigen. Zugleich berücksichtigt sie auch Bündnis- und Sicherheitsinteressen, die geostrategische Lage und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskooperation.

Resilient

Die Sicherung unserer Werte durch innere Stärke

Unsere offene Gesellschaft ermöglicht allen Menschen in Deutschland ein Leben in Freiheit. Deshalb verteidigen wir unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gegen illegitime Einflussnahme von außen, gegen Desinformation und jede Form von Extremismus.

Wir treten ein für eine freie internationale Ordnung auf Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, der universellen Menschenrechte und des Völkerrechts. Wir engagieren uns für den Multilateralismus und für die Stärkung der Vereinten Nationen. Den Versuchen, die Welt in Einflussphären einzuteilen, stellen wir das positive Modell einer solchen regelbasierten Ordnung entgegen. Wir wissen uns dabei einig mit Partnern, die unsere Werte und Interessen

teilen. Zugleich bemühen wir uns um engere Zusammenarbeit mit Staaten, die zwar nicht alle unsere Werte teilen, die aber wie wir für eine solche internationale Ordnung eintreten.

Wir betreiben eine aktive Menschenrechtspolitik und fördern die Beseitigung diskriminierender Machtstrukturen sowie Teilhabe und Diversität. Wo Menschenrechte geschützt werden, sind Kriegen und Kriege weniger wahrscheinlich.

Unsere Volkswirtschaft baut auf dem regelbasierten Zugang zu Märkten, Rohstoffen, Technologien, Finanz- und Humankapital auf. Bestehende einseitige Abhängigkeiten in der Rohstoff- und Energieversorgung und weiteren strategisch relevanten Bereichen werden wir durch Diversifizierung unserer Lieferbeziehungen und gezielte Schritte zur Sicherung der Versorgung, etwa mit kritischen Rohstoffen, reduzieren; die wirtschaftliche Offenheit und Innovationskraft unseres Landes werden wir bewahren.

Deutschlands Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit beruhen auf seiner hohen Innovationskraft und auf technologischer und digitaler Souveränität. Deshalb wird die Bundesregierung Wissenschaft und Forschung sowie die Innovationskraft der Unternehmen gezielt fördern und Maßnahmen zum Schutz vor illegitimer Einflussnahme und illegitimem Wissensabfluss ergreifen.

Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft müssen gemeinsam die Cybersicherheit stärken. Die Bundesregierung wird regelwidriges und aggressives Verhalten von Cyberakteuren nicht hinnehmen, die Cybersicherheitsarchitektur modernisieren und ihre Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen stärken.



Zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen arbeiten unterschiedliche Behörden und Einrichtungen zusammen.

Die freie und ungehinderte Nutzung des Welt-
raums ist für unsere Sicherheit unverzichtbar. Die
Bundesregierung wird ihre Weltraumfähigkeiten
ausbauen und sich für die Weiterentwicklung der
internationalen Ordnung im Weltraum einsetzen.

Nachhaltig

Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen

Die Eindämmung der Klimakrise und der
Umgang mit ihren Auswirkungen ist eine der
fundamentalen und zugleich drängendsten Auf-
gaben dieses Jahrhunderts. Erforderlich ist eine

drastische Reduktion der globalen Emissionen.
Zugleich liegen große Chancen in einer globalen,
nachhaltigen, grünen und sozial gerecht aus-
gestalteten Transformation, die nicht nur saubere
Energie, sondern auch weniger Abhängigkeiten
bedeutet. Wir brauchen Anpassungsstrategien an
die Klimakrise, um Menschen und Naturräume
zu schützen. Ebenso große Dynamik benötigen
wir für die Bewältigung der Biodiversitäts- und
Ökosystemkrise. Um diesen globalen Krisen
zu begegnen, braucht es die Beteiligung aller
Staaten.

Hunger und Unterernährung beeinträchtigen
die Gesundheit der Menschen, untergraben die



Das Symbol steht für die 17 Ziele der Agenda 2030 für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Ihre Umsetzung ist Teil der Integrierten Sicherheit der Bundesregierung.

wirtschaftlichen Grundlagen ganzer Gesellschaften und führen zu entwicklungspolitischen Rückschritten. Die Bundesregierung will die globale Ernährungssicherheit durch eine Transformation hin zu nachhaltigen Agrar- und Ernährungssystemen stärken. Wir rücken dabei benachteiligte und verletzte Menschen in den Mittelpunkt. Zusätzlich treten wir verstärkt für einen gleichberechtigten Handel und den Abbau von Handelsbeschränkungen unter Beachtung menschenrechtlicher Standards ein.

Die globale Prävention von und schnelle Reaktion auf Pandemien ist unverzichtbar für die Gewährleistung menschlicher Sicherheit. Die Bundesregierung intensiviert daher ihr internationales Engagement auf diesem Gebiet. Sie verfolgt dabei einen „One Health“-Ansatz, der

die Verbindungen der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt in den Blick nimmt. Zugleich werden wir unsere nationale Resilienz durch die langfristige Absicherung unserer medizinischen Versorgung und Lieferketten, die Ausbildung spezialisierter Expertinnen und Experten, die Verbesserung der Früherkennung von Pandemiegefahren sowie Investitionen in sicherheitsrelevante Forschung und Entwicklung stärken.

Integrierte Sicherheit gemeinsam gestalten

Sicherheit geht alle Menschen in unserem Land etwas an, alle tragen dafür Verantwortung und haben etwas beizutragen. Deshalb will die Bundesregierung mit dieser Nationalen Sicherheitsstrategie einen kontinuierlichen Prozess des Zusammenwirkens aller staatlicher Ebenen, Wirtschaft und Gesellschaft für die Sicherheit unseres Landes befördern und damit auch die strategische Kultur in Deutschland weiterentwickeln.

Mit der Politik der Integrierten Sicherheit wollen wir zusammen mit unseren Verbündeten, Nachbarn und Partnern zur Sicherheit in Europa und der Welt beitragen. Gemeinsam wollen wir unsere Zukunft gestalten – im Bewusstsein der Risiken, aber mit Zuversicht und im vollen Vertrauen auf unsere Stärken.

*Deutschland
in Europa
und der Welt*

„In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“:

Dieses Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik gibt das Grundgesetz in seiner Präambel vor. Auf dieser Grundlage wollen wir eine freie internationale Ordnung mitgestalten, die dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen, der souveränen Gleichheit der Staaten und der Gewaltfreiheit, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und den universellen Menschenrechten verpflichtet ist – für ein nachhaltiges Leben in Sicherheit und Freiheit.

Wir verstehen Sicherheit umfassend: als Schutz vor Krieg und Gewalt; als Freiheit, unser Leben im Rahmen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu gestalten; als Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Dies erfordert Investitionen und Anstrengungen der gesamten Gesellschaft. Die Bundesregierung ist entschlossen, weiterhin dafür die Voraussetzungen zu schaffen. In unserem Land gibt es eine große Bereitschaft, gemeinsam für den Schutz von Leben, Freiheit und Lebensgrundlagen einzutreten. Diese erste Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland soll hierfür Grundlage und Wegweiser sein. Sie richtet sich primär auf Bedrohungen von außen, jedoch in dem Bewusstsein, dass äußere und innere Sicherheit immer weniger zu trennen sind.

Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass wir den Herausforderungen unserer Zeit durch eine Politik der Integrierten Sicherheit begegnen können: Wir verstehen darunter das Zusammenwirken aller relevanten Akteure, Mittel und Instrumente, durch deren Ineinandergreifen die Sicherheit unseres Landes umfassend erhalten und gestärkt wird. Unser Land muss wehrhaft sein, um sich und seine Verbündeten schützen und verteidigen zu können. Unsere Gesellschaft und Volkswirtschaft müssen resilient sein, um sich entfalten und behaupten zu können:

widerstandsfähig, anpassungsfähig und im Inneren gefestigt. Wir müssen bei all dem nachhaltig sein, um die natürlichen Grundlagen unseres Lebens zu schützen.

Unsere sicherheitspolitische Identität

Deutschland trägt in Europa und international besondere Verantwortung für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität sowie einen nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen. Wir sind das bevölkerungsreichste Land und die größte Volkswirtschaft in Europa. Wir handeln im Bewusstsein unserer Geschichte und der Schuld, die unser Land mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und im Zivilisationsbruch der Shoah auf sich geladen hat. Die Versöhnung mit unseren europäischen Nachbarn und die Verantwortung für das Existenzrechts Israels bleiben uns dauerhafte Verpflichtung.

Unser Land hat in den frühen Jahren der Bundesrepublik Hilfe erfahren, ohne die unser heutiger Wohlstand nicht möglich gewesen wäre. Während des Kalten Krieges haben mehrere hunderttausend Soldatinnen und Soldaten unserer Verbündeten die Bundesrepublik geschützt.

Menschen aus der ganzen Welt haben durch ihre Arbeit in unserem Land maßgeblich zur Wirtschaftskraft Deutschlands beigetragen und tun dies noch heute. Diese Erfahrungen prägen unser Land. Auch deshalb übernehmen wir Verantwortung; wir sind zweitgrößte Gebernation weltweit und bringen uns aktiv in die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen ein.

Das transatlantische Bündnis und das europäische Integrations- und Friedensprojekt haben unserem Land und Europa Sicherheit, Stabilität, Frieden und Wohlstand beschert. Zunächst blieb dies auf den Westen Europas und Deutschlands beschränkt, doch in friedlichen Revolutionen eroberten sich die Menschen Mittel- und Osteuropas ihre Freiheit. Sie schufen so die Grundlagen für die deutsche Wiedervereinigung und das Zusammenwachsen in der Europäischen Union: Beides gehört untrennbar zusammen. Die Vertiefung der Europäischen Union und die Festigung und Erweiterung der euroatlantischen Strukturen gehören daher zu den Eckpfeilern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland verdankt seine Sicherheit und auch den Frieden im Herzen Europas den USA und unseren europäischen Nachbarn.

Unsere Werte und Interessen

Unsere Werte bilden die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie zu schützen und zu stärken ist oberste Aufgabe und Bestimmung des Staates.

Deshalb ist deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wertebasiert und interessengeleitet.

Es liegt in unserem fundamentalen Interesse, unsere Werte zu verteidigen. Sie basieren auf der unantastbaren Würde eines jeden Menschen und umfassen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, die Gleichheit aller Menschen und ihr Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Unsere sicherheitspolitischen Interessen sind geprägt von unserer geographischen Lage, unserer





Rekrutinnen und Rekruten der Bundeswehr legen ihr Gelöbnis ab.

Mitgliedschaft in EU und NATO, unserem auf sozialer Marktwirtschaft und internationaler Verflechtung basierenden Wirtschaftsmodell und der Verantwortung für unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Auf dem festen Fundament unserer Werte bestimmen wir diese Interessen:

- »Der Schutz der Menschen, der Souveränität und der territorialen Integrität unseres Landes, der Europäischen Union und unserer Verbündeten;
- »der Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung;

- »die Stärkung der Handlungsfähigkeit und des inneren Zusammenhalts der Europäischen Union sowie die Festigung und der Ausbau unserer tiefen Freundschaft mit Frankreich;
- »die Festigung der transatlantischen Allianz und der engen und vertrauensvollen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika;
- »Wohlstand und sozialer Zusammenhalt der Menschen unseres Landes durch den Schutz unserer sozialen Marktwirtschaft;
- »eine freie internationale Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und universeller Menschenrechte;
- »die Förderung von Frieden und Stabilität weltweit und das Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, menschliche Entwicklung und Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen als Voraussetzung für nachhaltige Sicherheit;
- »der nachhaltige Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Begrenzung der Klimakrise und die Bewältigung ihrer Auswirkungen, die Sicherung des Zugangs zu Wasser und Ernährung und der Schutz der Gesundheit der Menschen;
- »ein offenes, regelgeleitetes internationales Wirtschafts- und Finanzsystem mit freien Handelswegen und einer gesicherten, nachhaltigen Rohstoff- und Energieversorgung.



Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO

Unser sicherheitspolitisches Umfeld

Wir leben in einer Welt im Umbruch. Unser internationales und sicherheitspolitisches Umfeld wird multipolarer und instabiler und zunehmend geprägt von der existentiellen Bedrohung der Klimakrise.

Das heutige Russland ist auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein eklatanter Bruch mit der Charta der Vereinten Nationen und der kooperativen europäischen Sicherheitsordnung.

Er zielt darauf ab, die staatliche Souveränität, territoriale Integrität, kulturelle Identität und politische Existenz eines friedlichen Nachbarn zu zerstören und eine imperiale Politik der Einflussphären durchzusetzen. Mit diesem epochalen Bruch der europäischen Friedensordnung bedroht Russland unsere Sicherheit und die unserer Verbündeten in NATO und EU direkt. Weder Deutschland noch die NATO suchen Gegnerschaft oder Konfrontation mit Russland. Wir sind im Bündnis aber jederzeit bereit und fähig, unsere Souveränität und Freiheit und die unserer Verbündeten zu verteidigen. Russland rüstet seine konventionellen und nuklearen Streitkräfte auf und gefährdet damit die strategische Stabilität; im Angriffskrieg gegen die Ukraine setzt es

immer wieder nukleare Drohungen ein, auch gegen Europa. Es versucht gezielt, die demokratischen Gesellschaften Europas zu destabilisieren, EU und NATO zu schwächen und verfolgt international eine gegen Völker- und Menschenrechte gerichtete Interessenpolitik. Energie- und Rohstoffpolitik sind Teil dieses Vorgehens.

Wir leben in einem Zeitalter wachsender Multipolarität und zunehmender systemischer Rivalität. Wie wir bekennt sich die ganz überwiegende Zahl von Staaten zur Charta der Vereinten Nationen und einer freien internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts. Geprägt von ihrer Auffassung von systemischer Rivalität streben einige Staaten jedoch an, diese Ordnung zu untergraben und so ihre revisionistischen Vorstellungen von Einflussphären durchzusetzen. Sie verstehen Menschen- und Freiheitsrechte und demokratische Teilhabe als Bedrohung ihrer Macht. Gegenüber anderen Staaten setzen sie im Rahmen hybrider Strategien zunehmend auch gezielte Angriffe auf deren Freiheit ein und versuchen, illegitimen Einfluss auf politische Prozesse, den öffentlichen Diskurs und Wahlen auszuüben. Diesen vielfältigen Formen hybrider Bedrohungen muss Deutschland im Rahmen verstärkter internationaler Zusammenarbeit wirksam begegnen.

China ist Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Dabei sehen wir, dass die Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren zugenommen haben. China versucht auf verschiedenen Wegen, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten, beansprucht immer offensiver eine regionale Vormachtstellung und handelt

dabei immer wieder im Widerspruch zu unseren Interessen und Werten. Regionale Stabilität und internationale Sicherheit werden zunehmend unter Druck gesetzt, Menschenrechte werden missachtet. Seine Wirtschaftskraft setzt China gezielt ein, um politische Ziele zu erreichen. China bleibt zugleich ein Partner, ohne den sich viele globale Herausforderungen und Krisen nicht lösen lassen. Gerade auf diesen Feldern müssen wir daher die Möglichkeiten und Chancen für eine Zusammenarbeit nutzen.

Kriege, Krisen und Konflikte in Europas Nachbarschaft beeinträchtigen auch die Sicherheit Deutschlands und Europas. In Syrien und Irak, in Libyen, am Horn von Afrika und im Sahel etwa dauern Konflikte oft schon seit vielen Jahren an. Fragile Staaten werden so zu einem Entstehungs- und Rückzugsort für nichtstaatliche, auch extremistische Gewaltakteure, die eine direkte Bedrohung für diese Staaten und deren Nachbarn sind. Innere Konflikte greifen auf andere Staaten über und destabilisieren ganze Regionen, betreffen mittelbar aber auch uns. Gleichzeitig nutzen externe Akteure wachsende Destabilisierung und Fragilität zunehmend zur Durchsetzung eigener Machtansprüche und zur Ausweitung ihrer Einflussphären. Global bleibt auch der Indopazifik für Deutschland und Europa von besonderer Bedeutung.

Unsere offene und freie Gesellschaft ist Ziel von Terrorismus und Extremismus. Die Bedrohung durch Anschläge bleibt weiterhin hoch. Dieses Risiko nimmt durch Radikalisierungen sowie durch die Rückkehr gewaltbereiter Kämpferinnen und Kämpfer aus Krisen- und Konfliktgebieten weiter zu. Obwohl es bei der Bekämpfung

terroristischer Organisationen und extremistischer Gruppen große Erfolge gibt, bestehen diese Gruppen fort und vernetzen sich zunehmend international. Das schließt ihre Finanzierung, die Rekrutierung von Unterstützern und die Vorbereitung von Straftaten ein und macht ihre Bekämpfung noch komplexer. Die internationale Vernetzung begünstigt zudem individuelle Radikalisierungsverläufe, die sich auch im digitalen Raum vollziehen. Auch von Einzeltätern begangene Terrortaten sind eine zunehmende Herausforderung. Darüber hinaus gibt es neue Formen des Extremismus, die die Gefahr bergen, unsere Gesellschaft zu spalten und in Gewalt umzuschlagen. Sie zielen darauf, demokratische Entscheidungsprozesse und staatliche Institutionen zu unterminieren und zu delegitimieren. Dabei greifen sie oft auf zum Teil antisemitische Verschwörungsideologien zurück. Auch diese demokratiefeindlichen Formen des Extremismus gefährden unsere Sicherheit.

Die Erosion der Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungsarchitektur verschlechtert die Sicherheitslage in Europa und weltweit; Russlands Agieren hat hierzu wesentlich beigetragen. Auch die Risiken fortschreitender nuklearer Proliferation bestehen fort. So baut Nordkorea sein Nuklear- und Trägertechnologieprogramm fortlaufend aus und bedroht die regionale Sicherheit. Der Iran verletzt nicht nur die Menschenrechte seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger, er verfolgt auch seine nuklearen Ambitionen weiter, produziert zunehmend höher angereichertes spaltbares Material und hat die Bemühungen um eine Wiederbelebung des *Joint Comprehensive Plan of Action* von 2015 blockiert. Darüber hinaus tragen Irans Raketenprogramm sowie sein

regionalpolitisches Agieren zu Eskalation und gegebenenfalls neuen regionalen Proliferationsdynamiken bei.

Chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren stellen eine nicht zu vernachlässigende Bedrohung dar – von der mutwilligen Beschädigung von Chemie- oder Nuklearanlagen in Europa bis hin zum gezielten Einsatz nichtkonventioneller Waffen durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure.

Auch die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sind immer mehr von machtpolitischen Erwägungen geprägt. Viele Handelsabkommen sind fairer geworden. Allerdings bedrohen einige Staaten die Prinzipien der freien wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunehmend und setzen wirtschaftliche Macht für außen- und sicherheitspolitische Interessen ein. Darüber hinaus werden internationale Wirtschafts- und Finanzinstitutionen immer öfter Schauplatz und Objekt politischer Machtkämpfe. Die Gründung neuer, paralleler Institutionen mit abweichenden Regelsystemen zielt darauf ab, etablierte Organisationen bewusst zu umgehen. Das internationale Regelwerk für offene und faire Märkte und ein stabiles Finanzsystem sollen damit unterminiert werden. Erschwerend kommt hinzu, dass es in vielen Staaten an Strukturen zur effektiven Bekämpfung von Korruption, Steuerhinterziehung und Wirtschafts- und Finanzkriminalität fehlt.

Zugleich haben die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gezeigt: Wirtschaftliche Abhängigkeiten in kritischen Bereichen können sich kurzfristig zu einem erheblichen



Deutschland legt hohen Wert auf den Austausch mit den G7-Partnern zu aktuellen Herausforderungen.

sicherheitspolitischen Risiko entwickeln. Besonders gilt dies etwa für Halbleiter oder medizinische Produkte, kritische Rohstoffe für unsere industriellen Wertschöpfungsketten, aber auch für die Suche nach neuen Energiequellen und für den Übergang zu erneuerbaren Energien.

Auch der verschärfte internationale Technologiewettbewerb kann sicherheitspolitische Risiken zur Folge haben, wenn der freie Zugang zu bestimmten Technologien nicht mehr gewährleistet ist und einseitige Abhängigkeiten entstehen.

Kritische Infrastrukturen sind lebensnotwendig und vermehrt erheblichen Bedrohungen und Störungen ausgesetzt. Für die Versorgungs- und

Wirtschaftssicherheit Deutschlands hat dabei die maritime Dimension, über und unter Wasser, eine besondere Bedeutung.

Ausmaß, Häufigkeit und Umfang von Cyberangriffen nehmen zu. Dies zeigt: Auch im digitalen Raum können Sicherheitsrisiken und internationale Konflikte entstehen. Cyberangriffe zielen immer häufiger darauf ab, unsere Regierung und Gesellschaft oder jene unserer Partner zu destabilisieren. Im Cyberraum haben zudem Kriminalität, Terrorismus, Spionage und Sabotage eine unbegrenzte geographische Reichweite, bergen hohes Schadenspotential und sind oft nur schwer bestimmten Akteuren zuzuschreiben. Insbesondere erpresserische Software („Ransomware“) hat sich für Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Kritische Infrastrukturen zu einer erheblichen Bedrohung entwickelt.

Ausländische Nachrichtendienste und andere Akteure betreiben weiterhin einen hohen personellen und finanziellen Aufwand, um in Deutschland zu spionieren, was auch Risiken von Subversion und Sabotage nach sich zieht. Ausspähung und Angriffe auf Politik, Verwaltung und Bundeswehr, Wirtschaft, Infrastruktur und Forschung dienen der Beschaffung von Informationen auf analogem und digitalem Weg.

Schwere und Organisierte Kriminalität bedroht nahezu alle Staaten der Welt. Die Täter agieren international vernetzt, führen ihre Kommunikation mit Hilfe von Verschlüsselungstechniken und suchen durch modernste Technologien immer neue, profitable Tätigkeitsfelder. Sie setzen zunehmend drastische Gewalt ein. Auch in Deutschland fügen international agierende



kriminelle Gruppierungen, darunter auch Clan-Strukturen, Menschen Schaden und Leid zu. Sie rufen wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe hervor, auch indem sie illegal erlangte Vermögenswerte in den legalen Wirtschaftskreislauf überführen. Darüber hinaus versuchen sie zunehmend, unsere staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen zu unterwandern.

Illegale Finanzflüsse entziehen Staaten weltweit Milliardenbeträge und tragen so zur Destabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung bei.

Eine fundamentale Herausforderung dieses Jahrhunderts ist die durch den Menschen verursachte Klimakrise: Zunehmende Dürren, der Anstieg des Meeresspiegels, veränderte

Niederschlagsmuster sowie der Verlust an Biodiversität und die Übernutzung natürlicher Ressourcen bedrohen die Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Klimabedingte Extremwetterereignisse mit verheerenden Folgen treten auch in Deutschland in größerer Intensität und Häufung auf. Kritische Infrastrukturen stehen dadurch zusätzlich unter Druck. In vielen Regionen der Welt wirkt die Klimakrise als Konflikttreiber und trägt zu Hunger und anderen humanitären Notlagen bei. Gleichzeitig verschärft die Klimakrise existierende Ungleichheiten. Sie hat bereits heute sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen. Menschliche Sicherheit hängt auch davon ab, wie wir mit dieser existentiellen Bedrohung unserer Lebensgrundlagen umgehen. Dabei können wir die Auswirkungen dieser Krise



Debatte zur „Zeitenwende“:
Plenarsitzung des Bundestags am
27.02.2022

nicht komplett verhindern, sondern nur noch eindämmen. Zugleich liegen große Chancen in einer nachhaltigen, grünen und sozial gerecht ausgestalteten Transformation, die nicht nur saubere Energie und gesicherte Ernährung, sondern auch weniger Abhängigkeiten bedeutet.

Armut und Hunger, Kriege und Konflikte, die Auswirkungen der Klimakrise und Zerstörung natürlicher Lebensräume stellen insbesondere für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine ständige Bedrohung dar. Unsicherheit, soziale Not, Zukunftsangst und fehlende Möglichkeiten zur eigenen Entfaltung untergraben das Vertrauen vieler Menschen in ihre Regierungen. Geschwächte Regierungen und Staaten sind nur eingeschränkt in der Lage,

Daseinsvorsorge zu gewährleisten und Konflikte zu lösen. Ungleichheit ist dabei ein zentraler Konflikttreiber.

Aus vielfältigen Krisenfaktoren können sich Flucht- und Migrationsbewegungen ergeben. Irreguläre, instrumentalisierte und unfreiwillige Migration gefährdet vielfach das Leben von Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus können durch größere Flucht- und Migrationsbewegungen staatliche Stabilität und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Transit- und Aufnahmegesellschaften gefährdet werden. Eine geregelte Zuwanderung dagegen bereichert Deutschland; nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung ist unser Land darauf auch angewiesen.

Integrierte Sicherheit für Deutschland



Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig.

Wir benötigen eine umfassend angelegte Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär; sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Die Bundesregierung wird deshalb eine Politik der Integrierten Sicherheit verfolgen.

Wir wollen Sicherheitspolitik umfassend definieren und auf den einzelnen Menschen ausrichten. Wo die Sicherheit jedes einzelnen Menschen wächst und demokratische Rechte und Freiheiten gewährleistet sind, wächst auch die Stabilität von Gesellschaft und Staat. Im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik setzen wir uns für die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und marginalisierten Gruppen ein.

Wir werden die in dieser Sicherheitsstrategie beschriebenen Vorhaben, sofern sie nicht bereits mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegt sind, in die jeweiligen Einzelpläne des Bundeshaushalts im Wege der Priorisierung einfügen. Angesichts der erheblichen aktuellen Anforderungen an unsere öffentlichen Haushalte

streben wir an, die Aufgaben dieser Strategie ohne zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts insgesamt zu bewältigen.

Soweit in dieser Sicherheitsstrategie Zuständigkeiten der Länder berührt werden, wahrt die Bundesregierung bei der Umsetzung die bestehenden Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte.

Bei der Verteidigung unserer Werte und Durchsetzung unserer Interessen müssen wir uns Zielkonflikten stellen, die politische Abwägungen und Entscheidungen erfordern. Maßgabe für die Bundesregierung ist, diese offen anzugehen und transparent zu erörtern.

Integrierte Sicherheit für Deutschland

Integrierte Sicherheit bedeutet, alle Themen und Instrumente zusammenzubringen, die für unsere Sicherheit vor Bedrohungen von außen relevant sind.

Sicherheit ist in diesem Sinn Bestandteil aller Politikbereiche und beschreibt ein ihnen gemeinsames Ziel. Jeder Politikbereich ist von einer verschlechterten Sicherheitslage betroffen, jeder kann zur Verbesserung der Sicherheit unseres Landes beitragen. Integrierte Sicherheit geht damit über Abstimmung, Koordination und Vernetzung hinaus. Sie formuliert durch die gezielte und tiefe Verschränkung unterschiedlicher Politikfelder Antworten auf komplexe Bedrohungen und identifiziert die jeweils passenden Instrumente.

Integrierte Sicherheit muss nach innen wie nach außen wirken. Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit können wir uns nach außen nur schützen, wenn wir auch im Inneren gefestigt und abwehrfähig sind. Deshalb sind die Stärkung der Resilienz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen von zentraler Bedeutung.

Integrierte Sicherheit führt vorbeugendes, eingreifendes und nachsorgendes Handeln zusammen. Dabei richtet sie sich schon heute auch auf mittel- bis langfristige Herausforderungen.

Mit der Politik der Integrierten Sicherheit wollen wir mit unseren Nachbarn, Partnern und Verbündeten noch mehr als bisher zur Sicherheit in Europa und der Welt beitragen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir unsere Zukunft aktiv gestalten.

Wehrhaft: Frieden in Freiheit

Landes- und Bündnisverteidigung: Uns und unsere Verbündeten schützen

Die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag ziehen die erforderlichen Konsequenzen aus der Zeitenwende und haben durch das „Sondervermögen Bundeswehr“ in einem ersten Schritt die Möglichkeit geschaffen, die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr wesentlich zu stärken. Die Bundesregierung richtet dabei einen besonderen Fokus auf Fähigkeitsziele der NATO und das zügige Schließen von Fähigkeitslücken. Strukturelle Defizite, die diesem Ziel entgegenstehen, werden wir beseitigen.

Oberste Aufgabe deutscher Sicherheitspolitik ist es sicherzustellen, dass wir in unserem Land im Herzen Europas auch künftig in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der unserer Alliierten und europäischen Partner verbunden. Bündnis- und Landesverteidigung sind eins. Die Bundesregierung wird sich entschlossen gegen jede militärische Aggression oder Einschüchterungsversuche gegen uns oder unsere Verbündeten zur Wehr setzen. Die Bundeswehr bleibt der Garant für die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee.



Schützenpanzer Puma und Kampfpanzer
Leopard der Bundeswehr

Glaubwürdige Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit im transatlantischen Bündnis der NATO ist das unverzichtbare Fundament deutscher, europäischer und transatlantischer Sicherheit. Die NATO ist oberste Garantin für den Schutz vor militärischen Bedrohungen. Sie verbindet Europa politisch mit Nordamerika. Zweck des Bündnisses ist es, die Menschen im Bündnisgebiet zu schützen und unsere Sicherheit, unsere Werte und unsere demokratische Lebensweise zu verteidigen. Wir stehen unverbrüchlich zum Versprechen auf gegenseitigen Beistand nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags. Unser Bekenntnis zur NATO und zu unseren Verpflichtungen im Bündnis ist unverrückbar. Dies gilt ebenso für unser Bekenntnis zur EU-Beistandsklausel aus Artikel 42, Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union, sowie unsere gegenseitige Beistandspflicht mit Frankreich aus Artikel 4 des Vertrags von Aachen.

Die Bundesregierung will den europäischen Pfeiler der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft weiter stärken: Je mehr sich die europäischen Alliierten in der NATO politisch und militärisch einbringen, desto fester wird das transatlantische Bündnis. Eigenständige europäische Handlungsfähigkeit ist zunehmend Voraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und Europas. Dazu gehören moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie eine leistungs- und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die Grundlagen der militärischen Fähigkeiten der Streitkräfte schafft. Gemeinsame Rüstungsprojekte und deren Exportfähigkeit gemäß den Maßstäben des zukünftigen Rüstungsexportkontrollgesetzes tragen dazu bei, europäische Handlungsfähigkeit voranzutreiben und stärken damit den europäischen Pfeiler in der NATO.

Zu einer wirksamen Verteidigung gehört eine glaubhafte Abschreckung mit dem Ziel, zu verhindern, dass es überhaupt zu einer bewaffneten Auseinandersetzung kommt. Wir müssen im transatlantischen Bündnis in der Lage und entschlossen sein, allen militärischen Bedrohungen entgegenzutreten zu können – nuklear, konventionell aber auch in der Cyberverteidigung und hinsichtlich der Bedrohungen, die sich gegen unsere Weltraumsysteme richten. Solange es Nuklearwaffen gibt, ist der Erhalt einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung für die NATO und für die Sicherheit Europas unerlässlich. Deutschland wird hierzu im Rahmen der nuklearen Teilhabe auch weiterhin seinen Beitrag leisten und die hierfür notwendigen Trägerflugzeuge ohne Unterbrechung bereitstellen. Ziel der nuklearen Abschreckung der NATO ist es, den Frieden zu erhalten, Aggression vorzubeugen und nukleare

Erpressung zu verhindern. Der Zunahme nuklearer Risiken werden wir durch glaubhafte nukleare Abschreckung begegnen und indem wir uns bemühen, nukleare Risiken zu reduzieren und Verhandlungen zur nuklearen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung unterstützen. Jeder Einsatz von Nuklearwaffen würde den Charakter eines Konflikts grundlegend verändern. Die Bundesregierung teilt die Auffassung, dass ein Nuklearkrieg nicht zu gewinnen ist und daher nie geführt werden darf.

Wir stärken die Bundeswehr als einen Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa. Daher werden wir unsere militärische Präsenz gezielt im Bündnisgebiet im Einklang mit den NATO-Planungen ausbauen und verstetigen. Wir werden auch weiterhin unserer Verantwortung als logistische Drehscheibe im Zentrum der Allianz gerecht werden. Die Bundesregierung wird daher insbesondere nationale Fähigkeiten zur logistischen Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Fähigkeiten der Verkehrsführung sowie dem Schutz der Verbündeten bei ihrem Aufenthalt in Deutschland ausbauen. Außerdem wollen wir gemeinsam mit den Ländern die notwendige Infrastruktur und den notwendigen Rechtsrahmen schaffen und Initiativen in EU und NATO zu militärischer Mobilität mit Nachdruck unterstützen.

Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus für eine Stärkung der europäischen Fähigkeiten zur Luftraumverteidigung im Rahmen der NATO einsetzen.

Bündnisverteidigung erstreckt sich auch auf den Cyber- und Weltraum. Angriffe in oder aus diesen



Dimensionen können Ausmaß und Wirkung eines bewaffneten Angriffs erreichen und daher kollektives Handeln erforderlich machen. Die Bundesregierung wird die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten vorantreiben. Wir werden hierbei durch entsprechende Prinzipien für eine verantwortliche Nutzung neuer Technologien sicherstellen, dass ethische und rechtliche Normen gewahrt werden, und wir setzen uns dafür weiterhin auch international ein.

»Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung, alle Aufgaben ordnen sich diesem Auftrag unter. Die hierfür notwendigen militärischen Fähigkeiten wird die Bundesregierung vorhalten und Fähigkeitslücken zügig schließen.

»Die Bundesregierung setzt sich ein für die Stärkung der NATO und die Umsetzung des Strategischen Konzepts der NATO vom Juni 2022 in all seinen Aspekten, einschließlich der menschlichen Sicherheit.



NATO-Luftraumüberwachung
im Baltikum

»Die Bundesregierung strebt die Stärkung der europäischen Verteidigungs- und Handlungsfähigkeiten in Komplementarität zur NATO an. Die Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie innerhalb der EU und Europas ist dabei entscheidend und muss ausgebaut werden. Dafür wird die Bundesregierung ihr Strategiepapier der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie aktualisieren.

»Integrierte Sicherheit erfordert Investitionen in unsere Zukunft. Im Lichte der Zeitenwende müssen wir dabei in besonderem Maße in unsere Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeiten investieren. Zunächst auch durch das neu geschaffene Sondervermögen Bundeswehr werden wir im mehrjährigen Durchschnitt unseren 2%-BIP-Beitrag zu den NATO-Fähigkeitszielen erbringen.

»Für unsere Sicherheit sind eine starke Bundeswehr, handlungsfähige Diplomatie und

engagierte Entwicklungszusammenarbeit in unterschiedlichen Formen gleichermaßen unerlässlich. Der im Koalitionsvertrag niedergelegte inklusive Ansatz für Deutschlands internationales Handeln ist für die Bundesregierung eine zentrale Richtschnur. Daher wird die Bundesregierung Investitionen u.a. in den Schutz Kritischer Infrastrukturen, Cyberfähigkeiten, eine handlungsfähige Diplomatie, einen resilienten Katastrophenschutz, die Stabilisierung unserer Partner sowie eine engagierte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stärken und dort, wo dies nötig sein sollte – auch im Sinne eines integrierten Ansatzes – weiterentwickeln.

»Die Bundesregierung wird unter Erfüllung der NATO-Planungsziele die Bundeswehr in den nächsten Jahren zu einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa machen, die schnell und dauerhaft reaktions- und handlungsfähig ist.

»Die Bundesregierung wird ihre militärische Präsenz im Bündnisgebiet zum Schutz unserer Bündnispartner weiter ausbauen und verstetigen, auch um als militärischer Anlehnungspartner für unsere Verbündeten dienen zu können.

»Die Bundesregierung strebt verbesserte Rahmenbedingungen für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) an und wird sogenannte government-to-government-Geschäfte ermöglichen.



Die Bundeswehr unterstützt bei den Aufräumarbeiten nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal.

»Die Bundesregierung wird ihre Cyber- und Weltraumfähigkeiten sowie ihre Weltraumlagefähigkeiten erweitern, damit diese einen wesentlichen Beitrag zu kollektiver Abschreckung und Verteidigung in der NATO leisten können.

»Die Bundesregierung wird die Entwicklung und Einführung von Zukunftsfähigkeiten wie abstandsfähige Präzisionswaffen befördern.

Zivile Verteidigung, Zivil- und Katastrophenschutz

Um die nötige Widerstandskraft für einen Konfliktfall zu entwickeln, wird die zivile Verteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung grundlegend überprüft und gestärkt. Mit der Stärkung der Zivilverteidigung wird die Bundesregierung die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen sowie die zivile, auch logistische, Unterstützung für die Streitkräfte sichern.

Deutschland wird damit seine Bündnisverpflichtung der nachhaltigen Steigerung seiner Resilienz aus Artikel 3 des Nordatlantikvertrags erfüllen.

Aufgrund der starken Wechselwirkungen zwischen äußerer und innerer Sicherheit hängt die Handlungsfähigkeit Deutschlands nach außen zunehmend auch von seiner Resilienz im Inneren ab. Diese liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Um die Sicherheit der Menschen unseres Landes vor Katastrophen und Krisen umfassend zu stärken, bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen, die Wirtschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen – aber auch jede und jeder Einzelne – können und sollen hierzu beitragen.

Unverzichtbare Grundlage unserer Wehrhaftigkeit sind Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Hierzu müssen wir auf ein belastbares Netz von Akteuren und Ressourcen zurückgreifen können, darunter gut ausgebildete Sicherheitsbehörden, Organisationen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, starke ehrenamtliche Strukturen, ein breites Engagement von Freiwilligen sowie eine starke Wirtschaft und Sicherheitsforschung. Es gilt, die Regelungen zur Freistellung von Menschen, die im Ehrenamt tätig sind, sowie Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu vereinheitlichen und es stärker zu würdigen. Nachbarschaften und solidarische Gemeinschaften leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Schutz unseres Gemeinwesens.

Angesichts eines immer komplexeren und breiteren Bedrohungsspektrums hat der Bevölkerungsschutz grundlegende Bedeutung für die menschliche Sicherheit und für die Resilienz unseres Gemeinwesens. Die Bundesregierung wird den Bevölkerungsschutz umfassend stärken. Dies tun wir im Wege des kooperativen Föderalismus. Insbesondere bei besonders schwerwiegenden oder länderübergreifenden Gefahrenlagen soll durch effiziente Zusammenarbeit von Bund und Ländern eine verbesserte Unterstützung betroffener Länder und Regionen, auch in der akuten Gefahrenabwehr, gewährleistet werden. Mit dem neu geschaffenen Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Vorbereitung und Reaktion auf Krisen qualitativ gestärkt. Das Kompetenzzentrum berät und begleitet das Krisenmanagement in Bund und Ländern; es wird zudem ein übergreifendes Ressourcenmanagement aufbauen und ein

gemeinsames Lagebild Bevölkerungsschutz zur Verfügung stellen.

Der Schutz der Kritischen Infrastrukturen einschließlich systemrelevanter Unternehmen ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit unseres Lebens und unserer Freiheit. Auch Redundanzen in Form zusätzlicher Systeme spielen hierbei eine wichtige Rolle. Insgesamt bedarf der Schutz Kritischer Infrastrukturen einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung.

Die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Katastrophenschutz ist Ausdruck europäischer Solidarität und eine Investition in Wirksamkeit und Effizienz.

»Die Bundesregierung will unter Beachtung der Prinzipien von Subsidiarität und Proportionalität die Widerstandsfähigkeit der Länder gegenüber Krisen und Katastrophen stärken, damit diese die Resilienz von Städten und Gemeinden stärken können. Dies betrifft auch Innenstädte, Wohnquartiere und Infrastrukturen gemäß dem Leitbild der Neuen Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt.

»Die Bundesregierung wird ihre „Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ konsequent umsetzen, damit die Menschen und ihre Existenzgrundlagen gegenüber Katastrophen besser geschützt werden. Deswegen werden wir den strukturierten Resilienz-Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure ausbauen.

»Die Bundesregierung wird die Bevölkerung und die Wirtschaft aktiv in die Stärkung der

gesamtgesellschaftlichen Resilienz gegenüber Katastrophen und Krisenlagen einbinden und die dahingehenden Bemühungen stärker miteinander verschränken. Sie wird die Aufmerksamkeit und Sensibilität für Resilienz erhöhen und praktische Präventions- und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Bundesregierung strebt an, die länder- und ressortübergreifenden Übungen zum Krisenmanagement (LÜKEX) konzeptionell weiterzuentwickeln.

- »Die Bundesregierung wird die Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung neu fassen, auch um die Mindestanforderungen der NATO für die nationale Widerstandsfähigkeit umzusetzen.
- »Die Bundesregierung wird zudem die Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze überprüfen und, sofern erforderlich, Novellierungen oder Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.
- »Durch die Schaffung eines Gesundheitssicherungsgesetzes wird die Bundesregierung insbesondere die effiziente und dezentrale Bevorratung von Arzneimittel- und Medizinprodukten sowie regelmäßige Ernstfallübungen für das Personal für Gesundheitskrisen sicherstellen.
- »Für den Erhalt der Einsatzfähigkeit von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und Organisationen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr muss die Beschaffung von geeigneten Ausstattungen sichergestellt werden.
- »Die nationalen Reserven für Nahrung, den Gesundheitssektor und zur Betreuung von Menschen werden überprüft und bei Bedarf weiter ausgebaut, um in Notsituationen besser reagieren zu können. Die Erfordernisse für eine vorsorgeorientierte und sichere Energieversorgung werden weiterhin regelmäßig überprüft und an die aktuellen Bedarfe angepasst.
- »Um auf chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren (CBRN) besser vorbereitet zu sein, wird die Bundesregierung Fähigkeiten zum CBRN-Schutz ausbauen, Notfallpläne aufstellen und Notfallübungen durchführen.
- »Die Bundesregierung strebt mit einem Dachgesetz zur Kritischen Infrastruktur einen übergeordneten gesetzlichen Rahmen an, der die Resilienz Kritischer Infrastrukturen stärkt und die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesebene sowie mit der Wirtschaft verbessert. Eine spezifische Bewertung der Sicherheitsrisiken für Deutschland durch die Klimakrise wird dabei einbezogen.
- »Die Bundesregierung wird die Forschung für die zivile Sicherheit weiter vorantreiben, die dazu beiträgt, Krisen erfolgreich vorzubeugen, auf sie reagieren und sie bewältigen zu können.
- »Die Bundesregierung wird sich im europäischen Rahmen für eine Weiterentwicklung des europäischen Katastrophenschutzmechanismus und der europäischen Reserve *rescEU* einsetzen. Wir werden auf den Ausbau länderübergreifender Übungen hinwirken, ebenso auf die Entwicklung europäischer Standards für den EU-weiten Informationsaustausch vor, während und nach Krisenfällen und für die Ausbildung zivilen Personals. Darüber hinaus werden wir Fragen der grenzüberschreitenden Vernetzung mit den Kritischen Infrastrukturen unserer europäischen Nachbarn stärker berücksichtigen.



Sitzungssaal des
Europäischen
Rates in Brüssel

Stärkung des europäischen Friedensprojekts

Die Bundesregierung unterstützt den Anspruch einer global handlungsfähigen, einigen Europäischen Union, die ihr Gewicht zur Geltung bringt, um die regelbasierte internationale Ordnung mitzugestalten. Dabei fußt unsere Stärke auch auf der Stabilität unserer Demokratien, der Kraft unseres Binnenmarkts und einer leistungsfähigen sozialen Versorgung und öffentlichen Infrastruktur.

Die Europäische Union muss gerade angesichts des signifikant verschlechterten Sicherheitsumfelds in der Lage sein, ihre Sicherheit und Stabilität zu schützen. Hierfür wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) weiterentwickeln und die Vorhaben des Strategischen Kompasses entschieden umsetzen.

Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa sind für Deutschland von übergeordnetem sicherheitspolitischen Interesse. Damit wir auch künftig gemeinsame europäische Antworten auf die Zeitenwende geben können, müssen wir die Europäische Union so weiterentwickeln, dass sie ihre Sicherheit und Unabhängigkeit gegenüber den Herausforderungen von außen auch für zukünftige Generationen wirksam bewahrt.

Dazu gehört ein intensiviertes Engagement für die Stabilisierung unserer Nachbarschaft. Der Europäischen Union und ihren vielfältigen Instrumenten kommt hierbei eine zentrale Rolle

zu. Dies schließt eine Beitrittsperspektive für alle europäischen Staaten, die den Werten der Union verpflichtet sind, ein. Um die EU auf diese Erweiterung vorzubereiten und ihre Handlungsfähigkeit auch bei mehr als dreißig Mitgliedstaaten zu sichern, sind Reformen innerhalb der Europäischen Union unabdingbar. Unser Ziel bleibt ein Europa, das in Frieden und Freiheit geeint und offen für alle europäischen Nationen ist, die unsere Werte teilen.

Mit unserer Unterstützung für die Ukraine stärken wir die Widerstandsfähigkeit der Ukraine gegen die russische Aggression und leisten zugleich einen elementaren Beitrag zu unserer eigenen Sicherheit. Wir stehen für eine freie, unabhängige und demokratische Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen ein. Zugleich gilt es, ein Übergreifen des Kriegs auf benachbarte Staaten zu verhindern. Vom Krieg betroffene Staaten inner- wie außerhalb der Europäischen Union werden wir unterstützen.

Die Bundesregierung ist entschlossen, die europäische sicherheits- und verteidigungsindustrielle Basis weiter zu stärken. Dies schließt den Schutz von Schlüsseltechnologien auf nationaler und europäischer Ebene ein. Die Bundesregierung setzt sich für eine Harmonisierung der militärischen Fähigkeitsforderungen mit den Partnern und Verbündeten ein. Bei Beschaffungen wird die Bundesregierung primär auf europäische Lösungen setzen, wenn dies ohne Fähigkeitseinbußen möglich ist. Das entscheidende Kriterium bleibt das schnelle Schließen von Fähigkeitslücken.

Die Bundesregierung setzt sich für einen zielgerichteten und flexiblen Einsatz von Sanktionen der EU ein und stellt eine effektive

Sanktionsdurchsetzung auf nationaler Ebene sicher. Internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Kreis der G7, erhöht die Effektivität und Effizienz der Sanktionsmaßnahmen und leistet so einen Beitrag zur Einhaltung internationaler Normen. Gegen Sanktionen und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, die sich gegen uns und unsere EU-Partner richten, wird sich die Bundesregierung besser schützen und unterstützt dazu die Weiterentwicklung von Instrumenten mit Abschreckungscharakter im EU-Rahmen.

Auch bei der Abwehr terroristischer und extremistischer Bedrohungen von außen kommt der EU eine entscheidende Rolle für Deutschlands Sicherheit zu. Diese Zusammenarbeit, ebenso wie das Zusammenwirken über Europol und Eurojust, wird die Bundesregierung zur Sicherheit der Menschen in unseren Ländern intensivieren. Die Früherkennung von Bedrohungslagen und effektive Bekämpfung des transnationalen Terrorismus erfordern enge nationale und internationale, europäische und transatlantische Zusammenarbeit mit politischen, rechtlichen, nachrichtendienstlichen, polizeilichen und militärischen Mitteln. Hierzu braucht es wirksame Kompetenzen und internationale Abstimmung zur Aufklärung auch transnationaler terroristischer Strukturen und deren Finanzflüsse, einschließlich Kryptowährungen. Neben der Gefahrenabwehr muss es darum gehen, den ideologischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Ursachen von Radikalisierung und Terrorismus zu begegnen.

Der wirksame Umgang mit irregulärer, instrumentalisierte und unfreiwilliger Migration kann nur durch das gemeinsame, koordinierte Zusammenwirken der nationalen und europäischen Partner gelingen. Die Europäische Agentur für

die Grenz- und Küstenwache leistet dabei einen wichtigen Beitrag und wird von Deutschland unterstützt. Ebenso kommt der konsequenten Fortentwicklung der grenzpolizeilichen Vorverlagerungsstrategie sowie der Bekämpfung der organisierten Schleusungskriminalität dabei besondere Bedeutung zu. Der wirksame Schutz der gemeinsamen EU-Außengrenzen ermöglicht den Erhalt des gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. In diesem Zusammenhang kommt dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) erhebliche Bedeutung zu.

Die tiefe Freundschaft mit Frankreich ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Wir sind uns unserer gemeinsamen Verantwortung bewusst, die Integration und internationale Handlungsfähigkeit der EU voranzutreiben. Wir sind mit Frankreich durch eine tiefe, durch die Überwindung historischer Feindbilder geprägte Freundschaft verbunden, die sich sicherheitspolitisch auch in der gegenseitigen Beistandspflicht aus Artikel 4 des Vertrags von Aachen und in unserer Kooperation bei wichtigen Rüstungsvorhaben ausdrückt.

Menschliche Sicherheit auf dem europäischen Kontinent kann nur gelingen, wenn Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wirksam gewährleistet werden. Die Einhaltung der Europäischen Verträge gerade auch im Bereich der Rechtsstaatlichkeit ist hierfür Voraussetzung. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass diese konsequent nachverfolgt wird.

Die Bundesregierung unterstützt den Europarat, der die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens in Europa auf Basis gemeinsamer Prinzipien gelegt hat und über deren Einhaltung

wacht. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bietet weiterhin eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln. Wir fördern daher die OSZE und ihre Institutionen als Akteure beim Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als informelles Forum des politischen Austauschs über eine friedliche Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent und als deutliches Signal gegen die Rückkehr des Imperialismus nach Europa.

»Zur Steigerung der internationalen Handlungsfähigkeit und Resilienz der EU wird sich die Bundesregierung für deren weitere Integration und Stärkung ihres Zusammenhalts einsetzen. Wir sind dazu, wo nötig und gemeinsam definiert, auch zu Änderungen der Europäischen Verträge bereit.

»Die Bundesregierung tritt aktiv für den schrittweisen Übergang zu und die verstärkte Nutzung von Mehrheitsentscheidungen in der GASP ein. Sie will zudem die verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten, wie in Artikel 44 des EU-Vertrags vorgesehen, nutzen, wenn dadurch europäisches Handeln erleichtert wird.

»Die Bundesregierung setzt sich für die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten des Westbalkans, um die Ukraine, um die Republik Moldau und perspektivisch auch um Georgien ein.

»Die Bundesregierung setzt sich für eine Weiterentwicklung der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) ein. Zur Erreichung der sicherheitspolitischen Ziele der EU will die

Bundesregierung europäische Instrumente wie die Europäische Friedensfazilität stärken.

- »Die Bundesregierung wird dazu beitragen, das politische Mittel der Sanktionen im Rahmen der GASP noch effektiver zu gestalten. Die Fähigkeiten zum strategischen Einsatz von Sanktionen – inklusive der Analysefähigkeit über ihre Wirkpotentiale – gilt es national wie auf EU-Ebene zu verbessern.
- »Die Sicherheitsunion muss parallel mit den anderen Integrationsschritten der EU ausgebaut und den EU-Justiz- und Sicherheitsagenturen ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden.
- »Der europäischen und internationalen Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden kommt bei der Bekämpfung der Schwere und Organisierten Kriminalität eine Schlüsselrolle zu. Diese und weitere Maßnahmen werden mit der Strategie zur Bekämpfung der Schwere und Organisierten Kriminalität vorangebracht.
- »Die Bundesregierung strebt die Weiterentwicklung von Europol zu einem Europäischen Kriminalamt mit eigenen operativen Möglichkeiten an.
- »Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ein.

Internationales Krisenengagement: Verantwortung übernehmen, präventiv wirken

Unsere Sicherheit ist verbunden mit der Sicherheit und Stabilität anderer Weltregionen. Es bleibt daher im deutschen und europäischen Interesse, weiterhin substantielle Beiträge zum internationalen Krisenmanagement zu leisten. Wir werden dabei den bisherigen vernetzten Ansatz der Bundesregierung zu einer Politik der Integrierten Sicherheit weiterentwickeln. Dazu werden wir unsere politischen, diplomatischen, entwicklungspolitischen, militärischen, polizeilichen und zivilen Instrumente des internationalen Krisenengagements stärken, ausbauen und zusammenführen. Erfolgreiche Instrumente wie die militärische Ertüchtigung von Partnern zur Übernahme eigener Sicherheitsverantwortung wollen wir weiter stärken. Integriertes Friedensengagement fasst alle relevanten Mittel zusammen, bindet die Maßnahmen international und multilateral ein und bettet dieses Engagement in unser politisches Handeln ein.

Die Bundesregierung ist dem Primat der Prävention von Krisen verpflichtet. Wir werden unser Krisenengagement verstärkt über zivile und militärische Missionen und Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU verfolgen. Unsere Instrumente der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung richten wir an kohärenten und realistischen Zielen aus. Wir fassen darin zivile, polizeiliche und militärische Mittel zusammen; die Bundeswehr wird weiterhin einen wichtigen Beitrag leisten.



Deutschland entsendet ziviles und polizeiliches Personal in die Mission EUCAP Sahel Niger zur Unterstützung nigrischer Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung von Drogen-, Waffen- und Menschen-smuggel.

Anspruch der Bundesregierung ist es, in allen Phasen eines Konflikts politische Prozesse zu dessen Lösung zu fördern und mit Hilfe unserer Instrumente Anreize für Ausgleich und Versöhnung zu setzen. Dabei setzen wir zuvorderst auf Prävention, indem wir die strukturellen Ursachen von Konflikten angehen und friedensfördernde Akteure stärken. Die Bundesregierung übernimmt Verantwortung für internationales Krisenengagement im Rahmen ihrer Bündnisse und der internationalen Organisationen.

»Die Bundeswehr wird auch in Zukunft im internationalen Krisenmanagement einen wichtigen Beitrag leisten. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland stehen immer im Einklang mit dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und den gesetzlichen Vorgaben. Die Bundesregierung wird besondere Verantwortung für die Aufstellung der schnell verlegbaren Einsatzkräfte der EU übernehmen.

»Die Bundesregierung wird die Vereinten Nationen in ihrer Aufgabe, für internationalen Frieden und Sicherheit einzustehen und den Ursachen von Konflikten entgegenzuwirken, auch weiterhin unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Friedensmissionen der Vereinten Nationen mit klarem politischen Auftrag und den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Dazu werden wir weiterhin Beiträge leisten, auch militärisch in Friedenseinsätzen der VN.

»Blockaden im VN-Sicherheitsrat sind eine Belastung für Frieden und Sicherheit. Die Bundesregierung unterstützt daher eine Befassung der VN-Generalversammlung im Sinne von *Uniting for Peace* mit Fragen von Frieden und Sicherheit.

»Die Bundesregierung ist ihren Leitlinien zur Krisenverhinderung, Konfliktbewältigung, Friedensförderung verpflichtet. Wir werden Entscheidungen über unser internationales

Krisenengagement auf der Grundlage unserer Werte an strategischen Interessen ausrichten.

- »Die Bundesregierung wird ihr Engagement in einem integrierten Ansatz der internationalen Krisenprävention, Stabilisierung, Friedensförderung, humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit weiter verstärken. Dabei wird sie ihre Maßnahmen klimasensibel ausrichten und den Schutz des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir werden – im Einklang mit unserer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik – die Interessen von Frauen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der Konzeption von Maßnahmen des integrierten Friedensengagements besonders berücksichtigen.
- »Die Bundesregierung setzt sich für eine verstärkte Nutzung wissenschaftsbasierter Ansätze für Krisenfrüherkennung, strategische Vorausschau, Krisenprävention, Stabilisierung und Friedenssicherung ein.
- »Um Hungerkrisen langfristig vorzubeugen und diese abzufedern, unterstützt die Bundesregierung eine nachhaltige Transformation der Ernährungssysteme – gemeinsam mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisationen der Vereinten Nationen in Rom (FAO, WFP, IFAD und CFS) und unter Einbindung aller relevanten Akteure im Ernährungsbereich.
- »Die Bundesregierung wird das Technische Hilfswerk weiter stärken, um es weltweit bei der Bekämpfung von Katastrophen sowie beim Auf- und Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes einsetzen zu können. Dabei soll es in die Hilfeleistungsmechanismen von EU und VN konsequent eingebunden werden.
- »Die Bundesregierung wird zudem den Ausbau gezielter Migrationspartnerschaften und -kooperationen der EU mit globalen Partnern unterstützen. Mit ihnen zusammen wollen wir Möglichkeiten zur geregelten Migration verbessern und Integration von Schutzsuchenden vor Ort fördern und zugleich irregulären Flucht- und Migrationsbewegungen vorbeugen. Hierfür strebt die Bundesregierung den Abschluss bilateraler Migrations- und Rückführungsvereinbarungen mit wesentlichen Herkunftsländern an.
- »Die Bundesregierung wird ihre globalen Partnerschaften gezielt ausbauen, um bessere und nachhaltige Angebote machen zu können. Hierbei strebt sie faire, respektvolle und langfristige Zusammenarbeit unter souveränen und gleichberechtigten Partnern an. Sie bringt dies auch systematisch in die Beratungen in der Europäischen Union und in den G7 ein.
- »Die Bundesregierung will ihre Partner mit zivilen wie militärischen Programmen, auch durch die Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung, besser in die Lage versetzen, ihre eigenen zivilen Instrumente und militärischen Fähigkeiten zur Konfliktbeilegung auszubauen.
- »Um auch den wichtigen polizeilichen Beitrag im internationalen Einsatz für zivile Krisenprävention und im zivilen Krisenmanagement noch weiter zu stärken, bauen wir unser Engagement mit speziell für Auslandseinsätze qualifizierten Polizistinnen und Polizisten weiter aus. Wir wollen mehr qualifiziertes Personal bereithalten und zusätzliche Anreize schaffen, um unsere Beteiligung an internationalen Einsätzen weiter steigern zu können. .



Durch berufliche Bildung von Frauen stärkt Deutschland die gesellschaftliche Resilienz in Partnerländern.

Entwicklungspolitik als nachhaltige Sicherheitspolitik

Unsere Entwicklungspolitik setzt auf Kooperation, um Partner darin zu unterstützen, Armut, Hunger, Konflikten sowie den Folgen der Klimakrise besser begegnen zu können. Sie ist auf Prävention ausgerichtet, indem sie zur Bildung und Stärkung eigenständiger Strukturen der Konfliktbearbeitung beiträgt. Außerdem stärkt sie Demokratie: Zustimmung zu Demokratien hängt auch davon ab, inwiefern sie Wohlfahrt, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Beteiligung für weite Teile der Bevölkerung schaffen. Wir unterstützen deshalb gezielt bei der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme weltweit, der Bekämpfung von Korruption, der Presse- und

Entwicklungspolitik leistet unverzichtbare Beiträge zu einer Politik der Integrierten Sicherheit, indem sie menschliche Entwicklung und Sicherheit erhöht. Mit unserem entwicklungspolitischen Engagement zur Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung schaffen wir neue Netzwerke und Bündnisse. Entwicklungspolitik stärkt die multilaterale Kooperation, indem sie einen positiven, integrativen Gestaltungsansatz formuliert. Die Bundesregierung wird ihre Entwicklungspolitik noch stärker an ihren strategischen Zielen ausrichten.

Meinungsfreiheit, beim Aufbau demokratischer Sicherheitsstrukturen und guter Regierungsführung. Wir werden unsere Angebote zur Stärkung der Zivilgesellschaft ausbauen, denn sie ist ein zentrales Element, um soziale und politische Teilhabe zu erreichen. Unsere feministische Entwicklungspolitik nimmt insbesondere die Rechte von Frauen und verletzlichen und benachteiligten Gruppen in den Blick. So stärkt unsere Entwicklungspolitik die individuelle und gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und schafft Vertrauen – allen voran zwischen Menschen, aber auch innerhalb und zwischen Gesellschaften und Staaten.

Unsere Entwicklungspolitik leistet auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Deutschland bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Entwicklung in unseren Partnerländern. Dazu wird die Bundesregierung zusammen mit Partnern die Erschließung alternativer, menschenrechtskonformer und nachhaltiger Bezugsquellen für strategische Rohstoffe voranbringen. Wir werden uns auch international für die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und die Beachtung von Nachhaltigkeitsstandards in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten einsetzen.

»Die Bundesregierung wird mit jenen Staaten, die eine freie internationale Ordnung auf Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts unterstützen, die Zusammenarbeit vertiefen und zugleich ihr Engagement zur Bekämpfung von Armut und Hunger, sozialer Ungleichheit und der Klimakrise verstärken.

»Dort, wo Regierungen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit untergraben, richtet die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit stärker auf die nichtstaatliche und lokale Ebene sowie auf

multilaterale Ansätze aus und stärkt zugleich jene Partnerregierungen, die sich für demokratische Prinzipien einsetzen.

Erhalt und Weiterentwicklung der globalen Rüstungskontrollarchitektur

Die Bundesregierung setzt sich für strategische Risikoreduzierung und die Förderung von Berechenbarkeit ein, auch für den Erhalt belastbarer politischer und militärischer Kommunikationskanäle im NATO-Russland-Verhältnis. Wir bleiben offen für gegenseitige Transparenzmaßnahmen, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen. Wir setzen uns für die praktischen Instrumente der Rüstungskontrolle und militärischen Vertrauensbildung unter dem Dach der OSZE ein.

Der militärische Einsatz neuer Technologien stellt die traditionelle Rüstungskontrolle vor zusätzliche Herausforderungen. Komplementäre Rüstungskontrolle muss auch diese Herausforderungen angehen, ohne dabei den technischen Fortschritt zu verhindern. Deshalb engagieren wir uns für die Entwicklung neuer verhaltensbasierter Ansätze der Rüstungskontrolle. Bei deren

Der Erhalt und die Weiterentwicklung der globalen Rüstungskontrollarchitektur, die Reduzierung von Risiken und die Prävention von Eskalation haben weiterhin große Bedeutung für die Bundesregierung. Effektive und verifizierbare Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Abrüstung tragen zu unserer Sicherheit bei und sind komplementär zu Abschreckung und Verteidigung.

Entwicklung arbeiten wir eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Sinne der Integrierten Sicherheit zusammen.

Angesichts gewachsener Proliferationsrisiken wird die Bundesregierung ihren Einsatz für die nukleare Nichtverbreitung auf Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) weiter intensivieren. Das Ziel bleibt eine sichere Welt ohne Atomwaffen. Dazu müssen die Voraussetzungen für Abrüstungsschritte geschaffen werden, insbesondere im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages, aber auch im Dialog mit den Mitgliedern des Atomwaffenverbotsvertrags.

Bei der Kontrolle von Rüstungsexporten wird die Bundesregierung an ihrer restriktiven Grundlinie festhalten und dafür in einem Rüstungsexportkontrollgesetz Maßstäbe festlegen. Bei Rüstungsexportentscheidungen finden Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Empfängerland besondere Berücksichtigung. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik berücksichtigt zugleich auch unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, geostrategische Herausforderungen, die Unterstützung von Partnern, die unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind, und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskoooperation.

Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung von Rüstungsexportentscheidungen auf europäischer Ebene ein und wollen in der EU die Kooperation im Rüstungsbereich stärken und vertiefen.

»Die Bundesregierung bleibt der nuklearen Rüstungskontrolle und reziproker, verifizierbarer Abrüstung verpflichtet. Wir rufen alle Nuklearmächte dazu auf, sich an internationalen

strategischen und substrategischen Rüstungskontrollbemühungen zu beteiligen. Die Bundesregierung wird deshalb ihr Engagement für konkrete, verifizierbare Schritte im multilateralen Rahmen unvermindert fortsetzen.

- »Die Bundesregierung wird ihren Einsatz zur Einhegung von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Risiken verstärken, insbesondere im Hinblick auf die Überwachungsregime der relevanten Organisationen und Konventionen und auf die Sicherheit von nuklearen Anlagen, biologischen Hochsicherheitslaboren und kritischer chemischer Infrastruktur.
- »Die Bundesregierung wird ihr Engagement für humanitäre Rüstungskontrolle ausbauen. Wir wollen einen effektiveren Schutz der Menschen vor dem Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten erreichen und fördern Initiativen zur Eindämmung von Proliferationsgefahren von Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition.
- »Die Bundesregierung setzt sich für die Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen ein, die vollständig der menschlichen Kontrolle entzogen sind. Sie treibt die Universalisierung der bestehenden Verbote gegen unterschiedslos wirkende Waffen voran.
- »Die Bundesregierung setzt sich für die Fortentwicklung der internationalen Exportkontrollregime ein. Wir wollen die europäische Rüstungsexportkontrolle stärker harmonisieren, auch um bedrohte Staaten in ihrem Recht auf Selbstverteidigung noch besser unterstützen zu können. Wir setzen uns deshalb für das Vorhaben einer EU-Rüstungsexportverordnung ein.

Resilient: Die Sicherung unserer Werte durch innere Stärke

Schutz und Stärkung unserer Demokratie

Zu den größten Errungenschaften unserer pluralistischen Demokratie gehören der Schutz und die gegenseitige Anerkennung vielfältiger, auch einander widersprechender Überzeugungen und Meinungen.

In offenen und demokratisch verfassten Gesellschaften muss das Vertrauen in deren Institutionen stets aufs Neue gewonnen werden. Dies schützt sie auch vor illegitimer Einflussnahme von innen wie von außen. Im Sinne einer integrierten Sicherheit müssen wir auf breiter gesellschaftlicher Ebene unsere Fähigkeiten gegenüber offenen und verdeckten Angriffen auf unsere demokratischen Werte, auch in der Europäischen Union, stärken. Gleichzeitig müssen wir Angriffen auf die Integrität demokratischer

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage und Garantie unserer freien, offenen und vielfältigen Gesellschaft. Diese Grundordnung verteidigen wir gegen Spionage, Sabotage, illegitime Einflussnahme von außen ebenso wie gegen Desinformation und jede Form von Extremismus. Damit fördern wir das Vertrauen der Bevölkerung in eine wehrhafte Demokratie.

Willensbildungsprozesse und einer systematischen Unterwanderung unserer offenen Gesellschaften und liberalen Demokratien entgegenwirken.

Der Aufdeckung gezielt gestreuter Desinformation durch in- oder ausländische Akteure kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Freie und unabhängige Medien haben hierbei eine zentrale gesellschaftliche Rolle.

Um unsere Abwehrkräfte gegen Desinformation und die Resilienz unserer Demokratie zu stärken, werden wir im Zusammenwirken mit den Ländern folgende Maßnahmen umsetzen:





»Zur Förderung von Demokratie und um den Bedrohungen durch Extremismus jeglicher Art, insbesondere den Rechtsextremismus, wirkungsvoll entgegenzutreten, erarbeitet die Bundesregierung eine Gesamtstrategie für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft.

»Die Bundesregierung wird eine Strategie zur Steigerung unserer Handlungsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen vorlegen. Diese wird darauf zielen, ihre Fähigkeiten zur Erkennung, Analyse und Abwehr hybrider Bedrohungen auszubauen und ihre Instrumente zur Reaktion weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch die Stärkung der Analysefähigkeit unserer Nachrichtendienste.

»Die Bundesregierung wird die bestehenden Mechanismen und Strukturen zur Abwehr hybrider Bedrohungen in EU und NATO, in G7 und OSZE gezielt nutzen und fortentwickeln; dazu zählen die weitere Ausgestaltung der im Strategischen Kompass der EU vereinbarten *Hybrid Toolbox* und der Ausbau der NATO-EU-Zusammenarbeit in diesem Bereich.

»Die Bundesregierung wird eine Strategie zum Umgang mit Desinformation vorlegen. Diese wird die Instrumente der Früherkennung von manipulativer Kommunikation im Informationsraum ausbauen, unsere Resilienz und Reaktionsfähigkeiten verbessern und auch auf unsere Fähigkeiten zielen, unsere

demokratischen Werte und unsere Sichtweisen international überzeugend zu vertreten.

- »Die Bundesregierung wird mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen, dass transparente, verlässliche Information über Regierungshandeln einfach zugänglich ist, um relevante mediale Räume nicht Desinformationskampagnen zu überlassen.
- »Die Bundesregierung wird anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung zum Thema Desinformation verstärkt fördern. So werden wir Angebote zur Stärkung der Digital-, Daten- und Medienkompetenz vorlegen und gemeinsam mit den Ländern Konzepte zur Resilienzsteigerung in Bildungseinrichtungen erarbeiten.
- »Um die Verbreitung radikalisierender Inhalte über das Internet zu verhindern, müssen rechtswidrige Inhalte noch schneller identifiziert und gelöscht werden. Die Urheber müssen ermittelt und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.
- »Die Bundesregierung wird die Spionage- und Sabotageabwehr weiterhin stärken. Wir werden unsere Ressourcen angesichts der Bedrohungslage substantiell verstärken und die Rahmenbedingungen über entsprechende gesetzliche Grundlagen für ein entschiedenes Vorgehen deutlich verbessern.

Internationale Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts

Wir sind entschlossen, die Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung mit starken Vereinten Nationen in ihrem Zentrum gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern weltweit zu verteidigen und durchzusetzen:

- »Rechte und Regeln, die alle Staaten gleichermaßen schützen und verpflichten;
- »souveräne Gleichheit aller Staaten;
- »friedlicher Interessenausgleich und Konfliktvermeidung;
- »multilaterales Zusammenwirken zum Wohle der Menschheit und zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen;
- »freie Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschrieben;

Die Bundesregierung tritt ein für die Stärkung und Fortentwicklung einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen. Eine solche regelbasierte Ordnung schafft Stabilität und die Voraussetzungen für Frieden, Sicherheit und menschliche Entwicklung. Zugleich bietet sie unserem offenen und vernetzten Land Schutz und Raum zur Entfaltung.



Deutschland ist aktiver Unterstützer des Multilateralismus und der Vereinten Nationen.

»Förderung menschlicher Entwicklung in allen Teilen der Welt im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Deutschland bekennt sich zu Multilateralismus und zur Stärkung der Vereinten Nationen. Wir nehmen das fünfzigste Jubiläum unserer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zum Anlass, unser umfassendes VN-politisches Engagement fortzuentwickeln. Deutschland ist bereit, global Verantwortung zu übernehmen. Den Wettbewerb mit Staaten, die einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen entgegenstehen, nehmen wir selbstbewusst an; die Folgen der Systemrivalität nehmen wir ernst und berücksichtigen sie in unserer Politik.

Wir verteidigen die freie und regelbasierte internationale Ordnung, die unsere Werte und Interessen schützt, mit Entschiedenheit. Wir wissen uns darin einig mit Partnern, die unsere Werte und Interessen teilen. Darüber hinaus bemühen

wir uns gezielt um die Zusammenarbeit und neue Partnerschaften mit Staaten, die nicht alle unsere Werte teilen oder deren Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell nicht mit unserem identisch ist, die aber wie wir für eine freie internationale Ordnung auf Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts eintreten. Dabei wollen wir den Anliegen und Interessen dieser globalen Partner Rechnung tragen.

In der EU und zusammen mit unseren transatlantischen und globalen Partnern stellen wir den Versuchen, Einflussphären zu etablieren, das positive Modell einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts entgegen. Die G7 – auch in der Zusammenarbeit mit den G20 – haben sich in den aktuellen Krisen als ein besonders effektives Forum für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erwiesen. Wir setzen uns für die Stärkung und die Reform der Welt Handelsorganisation (WTO) ein, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen und

das multilaterale Handelssystem nachhaltig und zukunftsfest zu gestalten.

Die kommenden geopolitischen Auseinandersetzungen werden sich nicht nur zwischen Staaten abspielen, sondern zusehends auch auf der gesellschaftlichen Ebene. Wir stärken unsere Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die Wissenschaftsdiplomatie, die unseren Austausch mit der Welt über Werte und Interessen vorantreiben und damit Deutschlands Chancen zur Vernetzung und Verständigung sicherstellen. Dabei greifen wir insbesondere auf leistungsfähige Mittlerorganisationen zurück. Wir setzen uns mit Nachdruck in Europa und weltweit für den Schutz und die Stärkung der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ein.

»Die Bundesregierung gestaltet die VN-Politik aktiv mit und setzt sich für notwendige Reformen und langfristig für eine Reform des VN-Sicherheitsrats ein, damit dieser die Realität der heutigen Welt reflektiert. Deutschland ist bereit, im Zuge einer umfassenden Reform mit einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat mehr Verantwortung zu übernehmen.

»Deutschland bewirbt sich für die Jahre 2027/28 erneut um einen Sitz als nichtständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat.

»Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, multilaterale Strukturen zur Lösung globaler Herausforderungen zu stärken und somit einer neuen Blockbildung entgegenzuwirken.

»Die Bundesregierung sieht eine offene, faire und nachhaltige Handelspolitik der EU als ein Instrument an, das unseren und den Interessen unserer

Partner Rechnung trägt. Hierbei spielen Freihandelsabkommen der EU mit Partnern rund um die Welt eine wichtige Rolle. Nachhaltigkeitskapitel leisten dabei einen wichtigen Beitrag.

»Durch eine zügige Umsetzung der *EU Global Gateway*-Initiative und der *Partnership for Global Infrastructure and Investment* der G7 will die Bundesregierung Partnern weltweit attraktive Angebote machen, die ihre Entwicklung im Einklang mit den Klimaschutzzielen fördern und einen nachhaltigen Beitrag zur Infrastrukturentwicklung leisten.

»Die Bundesregierung vertieft ihre Beziehungen zu globalen Partnern in langfristiger Perspektive und erschließt neue Partnerschaften mit Staaten, die sich wie wir zu einer freien internationalen Ordnung auf Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts bekennen.

»Die Bundesregierung verstärkt ihr Engagement in bestehenden multilateralen Gremien wie den G20, um die Zusammenarbeit mit globalen Partnern zu verstärken.

»In den Vereinten Nationen und internationalen (Finanz-)Institutionen identifiziert die Bundesregierung Verhandlungs- und Reformprozesse, die von besonderer Bedeutung für Partnerstaaten sind, bringt sich dort verstärkt ein und trägt deren Anliegen wo möglich Rechnung.

»Bei den Verhandlungen über Handelsabkommen der Europäischen Union, über die Weiterentwicklung der Agenda 2030 zu Nachhaltiger Entwicklung sowie über Klimaschutz und Pandemiebekämpfung wird die Bundesregierung den Belangen der globalen Partner Rechnung tragen.



Die Bundesregierung fördert weltweit das Menschenrecht auf Bildung.

Weltweiter Einsatz für Menschenrechte

Frieden und Sicherheit sind eine Grundvoraussetzung, damit Menschenrechte gewährleistet werden können. Unser Maßstab ist dabei die weltweite Geltung der Menschenrechte für jeden einzelnen Menschen. Bestrebungen, dies zu relativieren, weisen wir zurück. Hierzu gehört auch eine aktive Menschenrechtspolitik.

Nach Jahren des Fortschritts haben die COVID-19-Pandemie, die Auswirkungen der Klimakrise und die zunehmende Zahl an Konflikten die Lage für die Ärmsten deutlich verschlechtert. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat

Der Einsatz für Menschenrechte weltweit ist ethisches Gebot. Zugleich dient dieser Einsatz aber auch unserer Sicherheit, denn Frieden und Stabilität kann es dauerhaft nur unter den Bedingungen menschlicher Entwicklung und Sicherheit geben. Wo die Menschenrechte gelten und geschützt werden, sind Krisen und Kriege weniger wahrscheinlich.

Ernährungskrisen weltweit verschärft. Menschliche Sicherheit zu schaffen, heißt auch, Armut und Hunger zu überwinden und Ungleichheit zu verringern. In vielen Ländern der Welt haben Frauen weniger Rechte als Männer. Daher gilt es, im Sinne einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik die Rechte von Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu stärken, sich für die Beseitigung diskriminierender Machtstrukturen stark zu machen, Teilhabe und Diversität zu fördern, alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt an Entscheidungen auf allen Ebenen zu beteiligen und ihren Zugang zu Ressourcen sicherzustellen.

Wir bekennen uns zum Grundsatz der internationalen Schutzverantwortung. Schwerste Menschenrechtsverletzungen sind keine innere Angelegenheit einzelner Staaten. Deswegen hat Deutschland ein eigenes Völkerstrafgesetzbuch eingeführt und setzt sich besonders für Rechenschaftspflicht nach schwersten internationalen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen ein. Aufbauend auf in den vergangenen zwei Jahrzehnten gewonnenen Erfahrungen und in Anbetracht der gegenwärtigen Herausforderung durch den russischen Angriffskrieg soll das Völkerstrafrecht fortentwickelt und gestärkt werden.

Gleichzeitig nehmen wir auch unsere Verantwortung für den Schutz von Geflüchteten und politisch Verfolgten wahr und bekennen uns nachdrücklich zur Genfer Flüchtlingskonvention. Unser Ziel ist es, dass geflüchtete Menschen weltweit ein Leben in Sicherheit und Würde führen können und ihnen, auch mit deutscher Unterstützung, Zukunftsperspektiven geboten werden.

»Die Bundesregierung wird ihr Engagement für die Menschenrechte in einem integrierten Ansatz aus humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung weiter verstärken.

»Die Bundesregierung wird ihren Einsatz für die in der VN-Resolution 1325 beschlossene Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit verstärken. Wir fördern die stärkere Teilhabe junger Menschen im Sinne der Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit.

»Die Bundesregierung will die Rechte von Minderheiten auf internationaler Ebene und insbesondere in der EU stärken und setzt sich in den Vereinten Nationen für eine Konvention für die Rechte von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen (LSBTI) ein.

»Die Bundesregierung unterstützt internationale Gerichte und Rechenschaftsmechanismen, insbesondere den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), und strebt gemeinsam mit anderen Staaten deren Stärkung und Verbesserung an.

»Die Bundesregierung setzt sich für die Reform des Römischen Statuts ein, um die bislang beschränkte Zuständigkeit des IStGH für das Aggressionsverbrechen auszuweiten und an die Zuständigkeit für die anderen drei Kernverbrechen anzupassen. Wie bei den anderen Völkerrechtsverbrechen soll es dafür genügen, dass die Tat auf dem Territorium eines Staates, der die Zuständigkeit des IStGH anerkannt hat, begangen wurde.



Für seine Energiesicherheit fördert Deutschland auch LNG-Terminals an seinen Küsten.

Wirtschaftliche und finanzielle Resilienz und Rohstoffsicherheit erhöhen

Die soziale Marktwirtschaft ist Basis unseres Wohlstands, unserer Innovationsfähigkeit und unseres Gesellschaftsmodells. Insofern hat sie auch eine besondere sicherheitspolitische Bedeutung. Sie ist zugleich Grundlage tragfähiger Staatsfinanzen und eines leistungsfähigen Sozialstaats, einschließlich der sozialen Sicherungssysteme. Sie nachhaltig zu gestalten, ist essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den sozialen Frieden und unsere Handlungsfähigkeit. Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik und grundsätzlich ausgeglichene öffentliche Haushalte im Sinne der Schuldenbremse des Grundgesetzes sind dabei

Die deutsche Volkswirtschaft ist eingebettet in den europäischen Binnenmarkt und dessen freien Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen. Sie fußt auf dem regelbasierten Zugang zu Märkten, Rohstoffen und Technologie. Die Bundesregierung wird Rohstoff- und Energiesicherheit durch Diversifizierung stärken und die Resilienz unseres Wirtschafts- und Finanzsystems steigern. In einer offenen Volkswirtschaft müssen staatliche und private Akteure sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen.

unerlässlich für langfristig tragfähige Staatfinanzen. Denn nur so gewährleisten wir die finanzpolitische und damit auch die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit in zukünftigen Krisen.

Kritische Abhängigkeiten in strategisch relevanten Bereichen müssen gezielt reduziert werden, um die eigene Handlungsfähigkeit im globalen Kontext zu erhalten und auszubauen, ohne die wirtschaftliche Offenheit und Innovationskraft Deutschlands zu beeinträchtigen. Unser Ziel ist, dass wirtschaftliche Verflechtungen keine nachteiligen Folgen für unsere Sicherheit haben. Daher werden wir durch Diversifizierung bestehende kritische Abhängigkeiten und Konzentrationsrisiken reduzieren und neuen vorbeugen.

Die globalen Märkte verändern sich auf Grund steigender Nachfrage, getrieben durch die digitale und ökologische Transformation, sowie geopolitische Spannungen. Eine jederzeitige Verfügbarkeit vieler Grund- und Rohstoffe auf dem Weltmarkt ist nicht mehr gesichert. Daher gilt es, bestehende einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren, der Entstehung neuer Abhängigkeiten vorzubeugen, Rohstoffprojekte – gemeinsam mit der Wirtschaft – gezielt zu fördern und strategische Reserven anzulegen. Die Energiewende senkt zwar die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, Deutschland wird aber auf absehbare Zeit Energieimporteur bleiben. Die Bundesregierung verfolgt daher das Ziel einer CO₂-freien und gleichzeitig sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Dabei setzt sie auf technologische Innovation, Diversifizierung der Bezugsquellen und bezieht strategisch wichtige Rohstoffe wo immer möglich von verlässlichen Partnern.

Auch die Förderung und verantwortungsvolle Nutzung von Rohstoffen und Energieträgern

in Deutschland leisten einen wichtigen Beitrag zu unserer Versorgungssicherheit. Die Bundesregierung wird daher verstärkt die Potentiale der Kreislaufwirtschaft, der Ressourceneffizienz und unter Berücksichtigung von Umweltbelangen die Potentiale der heimischen Rohstoffförderung in den Blick nehmen, wo dies zu Diversifizierung unserer Rohstoff- und Energieversorgung beiträgt und einseitige Abhängigkeiten reduziert. Bei Entscheidungen über neue Vorhaben der Rohstoffförderung werden wir sicherheitspolitische Erwägungen verstärkt einfließen lassen. Die Bundesregierung wird das Krisenmanagement für kritische Rohstoffe stärken und setzt sich für die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen zur Förderung von Rohstoffprojekten im strategischen Interesse Deutschlands und der EU sowie zur Sicherstellung eines fairen und nachhaltigen Marktrahmens ein.

In einer Welt globalisierter Waren- und Handelsströme müssen Lieferketten stärker auf etwaige kritische Abhängigkeiten überprüft werden. Zugleich müssen sie in den Rahmen unserer Außenwirtschaftspolitik, ihrer Prinzipien und Nachhaltigkeitsstandards passen. Wertschöpfungs- und Lieferketten liegen in der Verantwortung von Unternehmen, doch die Bundesregierung behält Wettbewerbsnachteile und Versorgungsnotwendigkeiten für deutsche Unternehmen im Blick und steht mit den deutschen Unternehmen und Verbänden in einem fortlaufenden Dialog über diese Fragen.

Die Reduzierung von Abhängigkeiten kann nur in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl an verlässlichen Partnern und Verbündeten gelingen. Wir werden diese Zusammenarbeit intensivieren und gezielt ausbauen, bilateral, in der EU und

multilateral. Kooperationsangebote gegenüber globalen Partnern zielen auf positive Auswirkungen für beide Seiten und treten einer Blockbildung entschieden entgegen.

Das strategische Potential von Handelsabkommen der Europäischen Union für die deutsche und europäische Sicherheit und Resilienz sowie für den Wohlstand der beteiligten Nationen wollen wir noch besser nutzen. Die Bundesregierung setzt sich deshalb für eine ambitionierte EU-Handelsagenda und eine Stärkung und den Ausbau des EU-Binnenmarkts ein, die einen Beitrag zu weiterer Diversifizierung und nachhaltiger Entwicklung leisten. Bei wettbewerbspolitischen Entscheidungen sollen die europäische und globale Dimension künftig strategischer in den Blick genommen werden und die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung genutzt werden, auch um zu einer wirtschaftlichen Diversifizierung beizutragen.

Die Transparenz bei Vermögensverhältnissen werden wir verbessern, um Geldwäsche effektiver zu bekämpfen, Sanktionsregime besser umzusetzen und Grunderwerb zu sicherheitsgefährdenden Zwecken rechtzeitig erkennen zu können. Dies trägt auch zu einem besseren sicherheitspolitischen Verständnis von finanzieller und ökonomischer Einflussnahme bei. Zudem wird eine Optimierung der Strukturen bei der Geldwäschebekämpfung und ihrer Ressourcen angestrebt.

Eine höhere Resilienz unserer Volkswirtschaft, unserer finanziellen Stabilität und unserer Finanzinfrastruktur schützt Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auch vor dem Einwirken bestimmter autoritärer Staaten.

»Die Bundesregierung entwickelt ihre Strategie für die Rohstoffversorgung mit den Schwerpunkten Versorgungssicherheit, Diversifikation, Nachhaltigkeit und Innovation fort. Damit schaffen wir einen Rahmen für ein konsequentes Monitoring von Rohstofflieferketten, die Stärkung diversifizierter Wertschöpfungsketten und für die Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten von einzelnen Zulieferern.

»Die Bundesregierung wird Maßnahmen zur strategischen Exploration, Gewinnung, Weiterverarbeitung und Vorhaltung von kritischen Rohstoffen durch den Unternehmenssektor unterstützen und zur Umsetzung geeignete Rahmenbedingungen einschließlich institutioneller Vorkehrungen erarbeiten. Wir werden mit Unternehmen zusammenarbeiten, um diese mit geeigneten Anreizen zu einer strategischeren Lagerhaltung bei kritischen Rohstoffen und zum Aufbau strategischer Reserven zu bewegen.

»Wir setzen uns für den Europäischen Aktionsplan für Kritische Rohstoffe und die rasche Verabschiedung des Regelwerks der EU zur Sicherung der Rohstoffversorgung ein. Wir werden unsere Partnerschaften im Bereich Rohstoffe und beim Aufbau nachhaltiger Wertschöpfungs- und Lieferketten ausbauen.

»Die Bundesregierung erarbeitet eine Wasserstoffimportstrategie, auch mit Blick auf das Ziel, kritische Abhängigkeiten zu vermeiden und bestehende abzubauen. Sie wird diese mit der bestehenden Nationalen Wasserstoffstrategie verzahnen.

»Investitionen in Kritische Infrastrukturen wird die Bundesregierung auch weiterhin intensiv

prüfen, um Abhängigkeiten oder Möglichkeiten zur Ausübung politischen Drucks zu verhindern. Mit dem gleichen Ziel werden wir auch bestehenden Anpassungsbedarf hinsichtlich des Erwerbsrechts an Grund und Boden prüfen.

»Die Bundesregierung setzt sich für eine Stärkung des EU-Binnenmarkts ein, der einen Grundpfeiler der europäischen Einigung darstellt.

»Auf Basis der neuen EU-Handelsstrategie und des Neuansatzes für Nachhaltigkeit strebt die Bundesregierung den schnellen Abschluss von weiteren ambitionierten Handels- und Investitionsabkommen mit globalen Partnern an und setzt sich für eine schnelle Ratifizierung bereits unterzeichneter Abkommen ein. Dadurch wird die Bundesregierung auch die Diversifizierung der Handels- und Lieferbeziehungen vorantreiben.

»Die Bundesregierung wird kritische Abhängigkeiten analysieren und setzt sich für ein EU-weites Frühwarnsystem und die Beobachtung kritischer Lieferketten ein, um diejenigen Rohstoffe und Zwischenprodukte zu identifizieren, bei denen Abhängigkeiten verringert werden müssen. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf Effizienzsteigerungen, Diversifikation, Transport und Bevorratung sowie dem Ausbau einer Kreislaufwirtschaft zur Gewinnung von Sekundärrohstoffen. Dafür wird die Bundesregierung auch entsprechende Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen.

»Die Bundesregierung will für funktionierende Lieferketten die dafür notwendige Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger im Zusammenwirken mit den Ländern sichern und

widerstandsfähiger gestalten. Dabei werden Güterverkehr und Logistik europäisch und auch global gedacht.

»Die Bundesregierung wird sich in einer Welt globaler Waren- und Handelsströme für die Freiheit der internationalen Seewege aktiv einsetzen.

»Die Bundesregierung wird im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung mit klaren Maßstäben Diversifizierung fördern und auf Risikostreuung achten. So können auch kritische Abhängigkeiten abgebaut werden. Ausländische Investitionen in Deutschland sind hoch willkommen und wichtig für eine offene und prosperierende Wirtschaft. Die Investitionsprüfung im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung werden wir konsequent einsetzen, um Gefährdungen unserer Sicherheit zu vermeiden.

»Die Bundesregierung entwickelt und verbessert gemeinsam mit den Ländern, den Unternehmen und mit den internationalen Partnern Maßnahmen gegen Wirtschaftssabotage und -spionage. Die Bundesregierung entwickelt die Nationale Wirtschaftsschutzstrategie und die entsprechenden Aktionspläne weiter.

»Die Bundesregierung setzt sich auf nationaler, internationaler und auf EU-Ebene weiterhin dafür ein, bereits bestehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und Geldwäsche zu schärfen und gegebenenfalls ergänzende zu schaffen, um Finanzflüsse im Bereich der organisierten Kriminalität noch besser zu identifizieren und Lücken bei der Auffindbarkeit von kriminell erlangten Geldern und Vermögen weiter zu schließen. Dies tun wir

insbesondere auch im Rahmen der Financial Action Task Force (FATF). So tragen wir dazu bei, dass Kriminelle ihre illegal erworbenen Vermögenswerte nicht nutzen können und ihnen diese entzogen werden.

»Auf nationaler Ebene wird die Bundesregierung das strategische Vorgehen gegen Finanzkriminalität und Geldwäsche organisatorisch und personell stärken. Um Geldwäsche effektiv zu bekämpfen, werden auch die Zuständigkeiten überprüft und die Empfehlungen aus der FATF-Deutschlandprüfung wo nötig zügig in deutsches Recht umgesetzt.

»Die Bundesregierung setzt die enge Zusammenarbeit innerhalb der G7 zu wirtschaftlicher Resilienz und Sicherheit fort.

Schutz und Förderung von Technologie und Innovation

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist Ausdruck unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Deutschlands Sicherheit und Wohlstand hängen eng mit unseren technologischen Innovationsfähigkeiten und industriellen Fertigkeiten zusammen. Die Bundesregierung wird ihre Anstrengungen intensivieren, Forschung und Entwicklung gezielt zu fördern und dabei auch vor illegitimer Einflussnahme zu schützen. Schlüsseltechnologien sind zunehmend Instrument und Triebkraft des globalen politischen und ökonomischen Wettbewerbs. Die Bundesregierung wird ihre Fähigkeit zur Bewertung dieser Technologien, den Ausbau von wissenschaftlichen und technologischen Schlüsselkompetenzen und ihr Engagement bei technologischer Normen- und

Standardsetzung insbesondere im Rahmen der EU verstärken.

Um technologische und digitale Souveränität zu erzielen, bedarf es eines gezielten Auswahlprozesses, der Wissensentwicklung und -verbreitung, der Rahmensetzung, der Ressourcenmobilisierung und Marktentwicklung für strategische Technologielinien, die zukünftig Schlüsselfunktionen für die Wirtschaft und Gesellschaft innehaben werden. Technologieorientierte Forschung und Innovation mit dem Ziel des Transfers und der Markteinführung leisten hierbei einen zentralen Beitrag zur Zukunftsvorsorge und zum Abbau einseitiger Abhängigkeiten.

Entscheidend für unsere Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit ist eine hohe Innovationskraft, weshalb wir technologische und digitale Souveränität als wesentlichen Bestandteil integrierter Sicherheit betrachten. Diese Souveränität ermöglicht es uns, Schlüsseltechnologien international im Einklang mit unseren Werten mitzugestalten und anzuwenden. Um diese Fähigkeit zu erhalten und auszubauen, wird die Bundesregierung Wissenschaft, Forschung und Markteinführung von Technologien und digitalen Anwendungen gezielt fördern. Die Bundesregierung wird ihre digitalen Infrastrukturen verbessern und die Länder sowie Unternehmen mit entsprechenden Angeboten unterstützen.



Die Bundesregierung fördert gezielt Forschung und Markteinführung von Technologien.

Auf europäischer Ebene wird sich die Bundesregierung für mehr Investitionen in digitale Technologien einsetzen. In der EU werden wir weiter auf eine Stärkung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Entwicklung und Nutzung neuer Technologien hinarbeiten. Wir werden die Standardisierung bei Schlüsseltechnologien

vorantreiben und auf eine Steigerung von Design- und Produktionskapazitäten für hoch-innovative Technologien hinwirken.

- »Die Bundesregierung verbessert die digitalen Infrastrukturen, unter anderem durch den Ausbau von Glasfaserverbindungen und schnellem Mobilfunk.
- »Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, gemeinsam mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern Regeln für neue technologische Bereiche zu entwickeln und zu festigen.
- »Die Bundesregierung wird überprüfen, bei welchen Schlüsseltechnologien nationale und europäische Fähigkeiten zum Schutz unserer technologischen und digitalen Souveränität nötig sind. Die Bundesregierung wird gezielt Anbieter kritischer Schlüsseltechnologien mit geeigneten Maßnahmen, z.B. durch staatliche Ankeraufträge, unterstützen, um eigene Fähigkeiten zu Forschung und Entwicklung in kritischen Technologien zu erhalten und weiterzuentwickeln.
- »Das Instrument der Investitionsprüfung wird die Bundesregierung auch weiterhin nutzen, um Risiken für die Versorgungssicherheit zu mindern, Abhängigkeiten bei Kritischen Infrastrukturen zu vermeiden und dem problematischen Transfer sensibler Technologie entgegenzuwirken.

»Darüber hinaus wird die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) gestärkt und weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung will die anwendungsorientierte Forschung und Transfer fördern, um regionale und überregionale Innovationsökosysteme zu

etablieren und zu stärken. Dazu werden wir die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) gründen.

»Unsere wirtschaftliche Innovationsfähigkeit bedarf auch einer ausreichenden Zahl an Fachkräften. Die Bundesregierung wird in Bildung und Weiterbildung investieren und zugleich mit einer intelligenten Anwerbepolitik gezielt Zuwanderung ermöglichen.

Schutz vor Bedrohungen aus dem Cyberraum

Als weltoffene Wissensgesellschaft und führende Technologienation werden wir die Chancen nutzen, die der digitale Wandel für Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Staat bietet. Ein freies Internet ermöglicht den globalen Austausch von Ideen und Informationen und kann so ein Treiber für demokratische Bewegungen in autokratischen Staaten sein. Im Rahmen unserer Cyberaußenpolitik werden wir daher bei der Regulierung des Cyberraums für die weltweite Einhaltung von menschenrechtlichen Standards eintreten, einschließlich des Schutzes der Privatsphäre, der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Verschlüsselung.

Unternehmen und Zivilgesellschaft müssen ein höheres Risikobewusstsein entwickeln, Verantwortung für ihre Cybersicherheit übernehmen und die dafür nötigen Fähigkeiten auch zur Selbsthilfe und Eigenvorsorge aufbauen. Cyberangriffe auf Kritische Infrastrukturen und Unternehmen im besonderen öffentlichen Interesse können im Krisenfall schnell zu einer existenziellen Bedrohung werden. Hier müssen wir das höchste Schutzniveau gewährleisten. Deswegen werden wir bei der Umsetzung der NIS2-Richtlinie der EU zur Cybersicherheit einen besonderen Fokus

Die Bundesregierung versteht Cybersicherheit als eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Angesichts der Bedeutung des digitalen Raums ist Cybersicherheit ein essenzieller Teil von Integrierter Sicherheit. Wir werden unsere Cybersicherheitsarchitektur weiterentwickeln, gezielt Technologien fördern und die Kooperation mit der Wirtschaft intensivieren. Wir werden zudem unsere Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen stärken und unser Netzwerk der Cyber-Diplomatie ausbauen und nutzen, um die Sicherheit im Cyberraum zu erhöhen. Bei der Regulierung des Cyberraums treten wir für die weltweite Einhaltung von menschenrechtlichen Standards ein.

auf die verbesserte behördliche Zusammenarbeit legen und so einen wichtigen Beitrag für das Cybersicherheitsniveau in der EU leisten. Die hohe Bedrohung durch Cybercrime, insbesondere durch die Hauptbedrohung Ransomware, werden wir effektiv bekämpfen.

Cybersicherheit ist untrennbar mit unserer digitalen Souveränität verbunden. Dieser Anspruch wird uns bei der gezielten Förderung von Technologien und bei der Weiterentwicklung von Sicherheitsstandards leiten. Die Bundesregierung wird hierfür auch die Zusammenarbeit mit der Industrie in den relevanten internationalen Gremien stärken. Wir richten unsere Cybersicherheitsforschung weiterhin gezielt auf technologische Umbrüche aus, wie etwa durch Künstliche Intelligenz,



In unserer zunehmend digital vernetzten Gesellschaft ist die Sicherheit unserer IT-Systeme von wachsender Bedeutung.

Quantencomputing, Quantenkryptographie und Spracherkennung. Mit dem Forschungsrahmenprogramm „Digital.Souverän.Sicher“ erforscht die Bundesregierung aktuelle und zukünftige Herausforderungen der IT-Sicherheitsforschung.

Deutschland wird regelwidriges und aggressives Verhalten von Cyberakteuren nicht hinnehmen. Wo immer möglich wird die Bundesregierung die Urheber von Cyberangriffen ermitteln und durch Attribuierung auf nationaler Basis, gemeinsam mit EU-Partnern, unseren Verbündeten in der NATO oder anderen betroffenen Staaten benennen und mittels Sanktionen gezielt gegen sie vorgehen.

Als global vernetztes Land sind wir darauf angewiesen, dass nicht nur wir selbst, sondern auch unsere Partner den zunehmenden Cyberbedrohungen begegnen können. Im Rahmen einer

aktiven Cyber-Diplomatie legen wir daher einen neuen Schwerpunkt auf Kapazitätsaufbau bei Partnern, mit denen wir gemeinsam Regelverstöße offenlegen und destruktive Akteure zur Rechenschaft ziehen. Wir werden Fähigkeiten zur Cyber-Soforthilfe für Partner und Verbündete, die von massiven Cyberangriffen betroffen sind, aufbauen und in die geplante virtuelle Cyberfähigkeit der NATO und entsprechende Instrumente der EU zur schnellen Reaktion auf solche Angriffe einbringen. Ein enger Austausch insbesondere im Rahmen von EU, NATO und G7 oder in der *Counter Ransomware Initiative* zum Vorgehen aggressiver Cyberakteure stärkt unsere Fähigkeit zur Prävention und Reaktion. Wir suchen auch die Kooperation mit Technologiekonzernen und schaffen Plattformen zur Koordination von Cyber-Soforthilfe und langfristigen Fähigkeitsaufbau zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren.

Für das Ziel gesamtstaatlicher Resilienz und Aufrechterhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit wird die Cybersicherheitsarchitektur weiterentwickelt, um jederzeit auch im Cyberraum reaktionsfähig bzw. wehrhaft zu sein. Dafür werden wir das Zusammenwirken der staatlichen Institutionen für Cybersicherheit und Strafverfolgung sowie von Nachrichtendiensten, Diplomatie und Militär bei der Abwehr von Cyberbedrohungen im Sinne der Integrierten Sicherheit verbessern.

»Die Bundesregierung wird die Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung weiterentwickeln und dabei auch die Cybersicherheit der Bundesverwaltung umfassend stärken.

»Die Bundesregierung veranlasst, dass alle maßgeblichen Akteure zu einem ganzheitlichen Cyberlagebild beitragen. Die darin enthaltenen Informationen werden analysiert und aus gesamtstaatlicher Sicht bewertet. Die Bundesregierung wird hierzu insbesondere die Aufklärungs- und Frühwarnfähigkeiten der betroffenen Behörden und Einrichtungen, vor allem der Nachrichtendienste, verbessern. Die für das Lagebild erforderliche Koordinierungsfunktion wird zunächst im Nationalen Cyberabwehrzentrum eingerichtet.

»Die staatliche Fähigkeit zur Koordinierung von Maßnahmen zur Schadensbeseitigung und Wiederherstellung beeinträchtigter Systeme im Krisenfall wird ausgebaut.

»Die Bundesregierung wird ausgehend vom gemeinsamen Cyberlagebild im täglichen Betrieb flexible Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse für den Krisenfall einüben.

»Die Bundesregierung wird die ressortübergreifenden hochsicheren Kommunikations- und Informationssysteme für die Bundesverwaltung, einschließlich der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und der Bundeswehr, konsequent ausbauen, sodass auch in Krisensituationen weltweit ein schneller Austausch von vertraulichen Informationen möglich ist.

»Die Bundesregierung wird das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unabhängiger aufstellen und zu einer Zentralstelle im Bund-Länder-Verhältnis ausbauen; so wird auch das Lagebild Informationssicherheit als Teil des gesamtstaatlichen Cyberlagebildes gestärkt. Wir werden eine dauerhafte, institutionalisierte Zusammenarbeit mit den Ländern ermöglichen, welche die gegenseitige Unterrichtung und Auskunftserteilung, Beratung sowie Unterstützung und Hilfeleistung umfasst.

»Die Bundesregierung will die informatorische Anbindung von Unternehmen der Kritischen Infrastrukturen an das Lagezentrum des BSI etablieren und die Einrichtung sektorenspezifischer *Computer Emergency Response Teams* (CERTs) prüfen. Investitionen in Cybersicherheit und den Aufbau von schnellen Reaktionsteams durch die Betreiber Kritischer Infrastrukturen werden wir unterstützen.

»Mit den Prüfmöglichkeiten für systemkritische Komponenten in unseren Kommunikationsnetzen kann die Bundesregierung Angriffen vorbeugen. Dazu wird unter anderem das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gestärkt. Mit Blick auf die Wirksamkeit der bisherigen Prüfmöglichkeiten werden wir rasch eine Überprüfung und

falls erforderlich Anpassung der betreffenden Gesetze vornehmen.

- »Die Cyberagentur wird zur gezielten Stärkung von Technologien und digitaler Souveränität im Cyberraum ausgebaut.
- »Die Bundesregierung wird das Informations-sicherheitsmanagement der Bundesverwaltung stärken und ein Kompetenzzentrum für die operative Sicherheitsberatung einrichten.
- »Die Datenanalysekapazitäten der Bundesregierung auch im hochsicheren Bereich werden erweitert. Zugleich wird die Bundesregierung ihre hochsichere Vernetzung mit Partnerstaaten weiter verbessern. Zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit der Bundesregierung im Krisenfall werden wir mehrere voneinander unabhängige IT-Infrastrukturen bereitstellen.
- »Wir müssen aggressive Cyberaktivitäten frühzeitig erkennen und laufende Angriffe rasch abwehren können. Die Bundesregierung strebt daher an, die Rechtsgrundlagen für eine schnelle gesamtstaatliche Reaktion im Cyberraum zu ergänzen, um übergreifenden Bedrohungslagen entschieden und mit klaren Kompetenzen begegnen zu können. Die Bundesregierung strebt dafür insbesondere die Schaffung einer Bundeskompetenz zur Gefahrenabwehr bei schwerwiegenden Cyberangriffen aus dem In- und Ausland durch Änderung des Grundgesetzes an.
- »Die Bundesregierung wird die erforderlichen Fähigkeiten und rechtlichen Befugnisse zur Abwehr von Gefahren im Cyberraum – dazu zählt die Abwehr eines laufenden oder

unmittelbar bevorstehenden Cyberangriffs – unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes prüfen und Maßstäbe für deren Einsatz, im Einklang mit unseren völkerrechtlichen Pflichten und den Normen verantwortlichen Staatenverhaltens im Cyberraum, entwickeln. Hackbacks lehnen wir als Mittel der Cyberabwehr prinzipiell ab.

- »Die Bundesregierung wird den bestehenden Kooperationsrahmen mit vertrauenswürdigen Akteuren aus dem privaten Sektor zur Gewährleistung der Abwehr, Vorsorge, Reaktionsfähigkeit und Wiederherstellung bei Sicherheitsvorfällen fortentwickeln.

Weltraum

Auf die meisten Weltraumsicherheitsfragen können wir nur gemeinsam mit unseren Partnern befriedigende Antworten finden. Zentrale

Eine wachsende Bedeutung für unsere Sicherheit kommt seit einigen Jahren auch dem Weltraum zu. Die sichere Nutzung des Weltraums, insbesondere die Satellitenkommunikation und -navigation sowie Erdbeobachtungsdaten, ist für viele zivile Lebensbereiche unerlässlich geworden. Zugleich hat die militärische Nutzung des Weltraums für moderne Streitkräfte eine erhebliche Bedeutung gewonnen. Die Bundesregierung wird dem Weltraum als strategische Dimension daher verstärkte Aufmerksamkeit widmen und ihre Fähigkeiten auf diesem Gebiet ausbauen.

Handlungsrahmen sind dabei für uns EU und NATO sowie die enge Zusammenarbeit mit weiteren raumfahrenden Partnernationen. Wir werden die Resilienz von Satellitenkommunikation, -navigation und Erdbeobachtungsdaten im Weltall sowie am Boden über Raumfahrtinfrastrukturen und Bodenstationen stärken, da von diesen unsere Kritischen Infrastrukturen, unsere diplomatischen Vertretungen und unsere Streitkräfte abhängen. Dafür treffen wir wo immer möglich Vorbereitungen, um ausgefallene Systeme schnell ersetzen zu können, oder halten Alternativen zu weltraumgestützten Datenverbindungen vor.

Der Weltraum ist kein regelfreier Raum. Deutschland setzt sich daher für die Stärkung und Weiterentwicklung der internationalen Ordnung im Weltraum auf Grundlage des Völkerrechts ein. Um Risiken für Eskalation und Konflikt vorzubeugen, streben wir die Entwicklung von international anerkannten Prinzipien für verantwortliches Verhalten im Weltraum an. Mit seiner Selbstverpflichtung, keine destruktiven Anti-Satelliten-Tests mit boden-, luft- oder seegestützten Anti-Satelliten-Raketen durchzuführen, ist Deutschland beispielgebend.

»Der erste Schritt zum Schutz vor Weltraumbedrohungen besteht darin, diese zu erkennen und attribuieren zu können. Die Bundesregierung begreift die Erstellung eines Weltraumlagebilds als gemeinsame zivil-militärische Aufgabe und wird in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ein Sensornetzwerk mit globaler Abdeckung einrichten.

»Die Bundesregierung wird das Weltraumlagezentrum ausbauen. Um lageangemessen auf Vorfälle im Weltraum reagieren zu können,



Vom Weltraumlagezentrum in Uedem aus schützt die Bundeswehr gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zivile und militärische Systeme im Weltraum.

stärken wir außerdem unsere ressortgemeinsamen Beurteilungs- und Entscheidungsmechanismen und entwickeln sie weiter.

»Die Bundesregierung wird dafür eine Weltraumsicherheitsstrategie erarbeiten, in der künftige Handlungslinien zum Schutz und zur Verteidigung im Weltraum sowie zur gesamtstaatlichen Resilienzsteigerung festgelegt und Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Handlungsfähigkeit durch Weltraumnutzung beschrieben werden.

»Die Bundesregierung wird Forschungseinrichtungen und private Akteure verstärkt in unsere Weltraumsicherheitsarchitektur einbinden.

Nachhaltig: Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen

Begrenzung, Anpassung und Schutz: Klimakrise, Biodiversität und Ökosysteme

Globale Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Ressourcenpolitik ist Sicherheitspolitik. Den Rahmen deutschen Handelns bilden dabei die Agenda 2030 mit ihren Nachhaltigkeitszielen und die internationalen klima-, umwelt- und ernährungspolitischen Vereinbarungen. Dazu zählen die VN-Klimarahmenkonvention UNFCCC, das Pariser Übereinkommen, die VN-Übereinkommen für biologische Vielfalt und zur Bekämpfung der Desertifikation, die Selbstverpflichtungen und Empfehlungen des VN-Gipfels für Ernährungssysteme, die Empfehlungen und Leitlinien des Welternährungsausschusses, der European Green Deal sowie unsere europäischen und nationalen Klima- und Umweltziele. Dabei gilt für das Handeln der Bundesregierung der Primat der Prävention: Frühzeitiges Handeln schützt Leben.

Der Klimaprozess der Vereinten Nationen (UNFCCC) bleibt Dreh- und Angelpunkt für Fortschritte im globalen Klimaschutz. Er muss durch flexiblere Foren und Instrumente flankiert werden. Dabei sieht die Bundesregierung Klima- und Transformationspartnerschaften als Schlüssel für gerechte und länderspezifische Lösungen.

Die im Pariser Übereinkommen vereinbarte Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° C ist ein nationales wie internationales Ziel der Bundesregierung. Die Überschreitung dieser Grenze würde die Perspektive auf ein Leben in Sicherheit und

Die Bekämpfung der Klimakrise und der Umgang mit ihren Auswirkungen ist zentrale Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts. Oberstes Ziel muss es sein, die noch immer steigenden globalen Emissionen drastisch zu reduzieren: Es ist unabdingbar, dass wir hier schnell Erfolge erzielen. Gleichzeitig gilt es, den Auswirkungen der Klimakrise mit Anpassungsstrategien zu begegnen, um so Menschen und Naturräume zu schützen. Ebenso große Dynamik benötigen wir für die Bewältigung der Biodiversitäts- und Ökosystemkrise.

Wohlstand in Deutschland und global mittel- und langfristig gefährden.

Die globalen Anstrengungen zur ökologischen Transformation und die notwendigen Anpassungen an die Klimakrise erfordern weltweit massive Investitionen. Eine internationale Klimafinanzierung ist daher essenziell für ihr Gelingen. Die Bundesregierung ist bereit, über die aktuell geltenden Zusagen hinaus auch künftig einen substantiellen Beitrag zu leisten, insbesondere für die Zeit nach 2025. Dabei setzen wir uns weiterhin international für eine verstärkte Unterstützung der betroffenen Länder sowie für eine verstärkte Mobilisierung auch von privaten Finanzströmen für Klimafinanzierung ein. Für den weiteren Umgang mit Verlusten und Schäden und zum Schutz besonders vulnerabler Entwicklungsländer setzen wir uns aktiv für eine rasche Operationalisierung der Finanzierungsmechanismen ein. Dabei streben wir unter anderem



Die Bundesregierung setzt sich erfolgreich für Finanzierungsmechanismen ein, um am stärksten von Klimaschäden betroffenen Menschen zu helfen.

eine ambitionierte Umsetzung des von den G7 und den sogenannten *Vulnerable Twenty* (V20) initiierten globalen Schutzschirms an.

Frauen, Kinder und verletzte Bevölkerungsgruppen sind von den Auswirkungen der Klimakrise oft besonders stark betroffen. Ihnen muss daher auch besondere Aufmerksamkeit gelten, wenn es um die Begrenzung der Auswirkungen der Klimakrise geht. Aus der Notwendigkeit regionaler und internationaler Zusammenarbeit zum Schutz unserer Lebensgrundlagen ergeben sich auch Möglichkeiten für zwischenstaatliche Vertrauensbildung und Konfliktprävention. Es gilt, auch die Chancen der jetzt aufzubauenden globalen Wasserstoffwirtschaft zu nutzen.

Zur globalen Bewältigung der Biodiversitäts- und Ökosystemkrise muss sich auf internationaler Ebene eine mindestens ebenso große Dynamik

entfalten wie bei der Klimakrise. Bei den weiteren Verhandlungen zur VN-Biodiversitätskonvention wird die Bundesregierung sich daher für eine transparente, effektive und rasche Umsetzung der notwendigen Maßnahmen einsetzen. Dem Interessenausgleich und der Klärung von Finanzfragen wird dabei eine besondere Bedeutung zukommen. Deutschland wird sich hier führend einbringen.

Die Bundesregierung setzt sich national und international für die Umsetzung des Globalen Rahmens für die biologische Vielfalt von Kunming und Montreal ein. Die darin vereinbarten Ziele, bis 2030 mindestens 30% der weltweiten Land- und Meeresfläche unter effektiven Schutz zu stellen und mindestens 30% der geschädigten Naturräume wiederherzustellen, bilden eine zentrale Grundlage für den langfristigen Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen.



Schülerinnen und Schüler in Pristina lernen, mit Solartechnik der Klimakrise zu begegnen.

Die globale Krise unserer Lebensgrundlagen erfordert eine Antwort, an der sich alle Staaten beteiligen. Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, globale und ambitionierte Lösungen zu finden. Dies schließt den Dialog mit allen relevanten Akteuren ein. Technologieoffenheit ermöglicht dabei Handlungsfreiheit für uns und kommende Generationen.

- »Die Bundesregierung wird ihr nationales, europäisches und internationales Engagement zur Begrenzung der Klimakrise verstärken. Wir werden dazu unsere Treibhausgas-Einsparungsziele erfüllen, einen Beitrag zu einer angemessenen internationalen Klimafinanzierung leisten und Maßnahmen zur Bekämpfung und Abmilderung der Folgen der Klimakrise ergreifen.
- »Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen und die EU-Klimadiplomatie auszubauen.

- »Die Bundesregierung engagiert sich dafür, dass die EU den European Green Deal engagiert umsetzt und fortentwickelt, um die Klimakrise, das Artensterben, die Umweltverschmutzung und den Verlust der natürlichen Ressourcen als Sicherheitsrisiko entschlossen gemeinsam zu bekämpfen.
- »Die Bundesregierung wird ihre erste Klimaaußenpolitikstrategie erarbeiten, um Handlungsfelder, Ziele und Prioritäten der Klimaaußenpolitik darzustellen und um ihre Partnerschaften bei der Zusammenarbeit zur Bewältigung der Klimakrise zu erneuern und auszubauen.
- »Die Bundesregierung wird zudem mit dem Aufbau und der konsequenten Weiterentwicklung eines offenen und kooperativen internationalen Klimaklubs weitere Anreize für die Dekarbonisierung und größere Ambitionen setzen, die zugleich die Wettbewerbsfähigkeit

der beteiligten Volkswirtschaften durch eine beschleunigte Transformation in Zukunftstechnologien erhöhen.

- »Die Bundesregierung wird die Klimakrise auf der Tagesordnung der Sicherheitsorgane des Bundes sowie regionaler und globaler Sicherheitsorganisationen verankern und deren Fähigkeiten zum Umgang mit Klimasicherheitsrisiken systematisch stärken.
- »Um die Auswirkungen der Klimakrise auf unsere nationale Sicherheit besser bewerten und informierte Handlungsentscheidungen ableiten zu können, wird die Bundesregierung eine Untersuchung führender wissenschaftlicher Institutionen zusammen mit dem Bundesnachrichtendienst in Auftrag geben.
- »Die Bundesregierung tritt im Einklang mit der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik für eine wirkungsvollere Rolle von Frauen bei der Gestaltung von Klimapolitik ein. Beim Klimaschutz und beim Umgang mit der Klimakrise setzen wir uns für Lösungen ein, die besonders auf die Bedürfnisse und Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen achten.
- »Auf nationaler Ebene strebt die Bundesregierung die Verabschiedung eines Klimaanpassungsgesetzes an und wird eine neue Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen erarbeiten.
- »Die Bundesregierung stellt sicher, dass kurzfristig gebotene Maßnahmen zur Wahrung der Energieversorgungssicherheit im Einklang mit unseren mittel- und langfristigen Klimaschutzzielen stehen.



Die Folgen der Klimakrise wurden für Menschen und Natur besonders in den letzten Jahren weltweit deutlich spürbar – auch in Deutschland.

- »Die Bundesregierung wird ihr Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz gezielt nutzen, um Synergien zwischen Klima- und Ökosystemschutz zu entwickeln. Dies umfasst Maßnahmen zum unmittelbaren Schutz, zur Stärkung und zur Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme. Wälder und nachhaltige Waldbewirtschaftung spielen eine wichtige Rolle bei der Erreichung von Klimaschutzzielen und dem Erhalt der Biodiversität.
- »Aufbauend auf der Nationalen Wasserstrategie wird die Bundesregierung die Wasserressourcen sichern und schützen. Neben der Anpassung an lange Trockenperioden sorgt die Strategie für einen verbesserten Schutz unseres Trinkwassers.

Gemeinsam mit den Ländern wird der Bund die Umsetzung der Wasserstrategie vorantreiben.

- »Wir werden Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz voranbringen, indem wir sie in allen relevanten Sektoren fördern. So reduzieren wir Auswirkungen der Materialnutzung auf das Klima, schützen Biodiversität, gehen gegen Umweltverschmutzung vor und verbessern den Umgang mit Chemikalien.
- »Die Bundesregierung setzt sich für ein verbindliches, ambitioniertes Abkommen der Vereinten Nationen zur Überwindung der Plastikverschmutzung sowie für ein sicheres und nachhaltiges internationales Chemikalienmanagement im Rahmen einer Nachfolgeregelung des *Strategic Approach to International Chemicals Management* ein.
- »Zum Erhalt und zur Verbesserung der Biodiversität wird die Bundesregierung die nationale Biodiversitätsstrategie novellieren und darüber hinaus die EU-Biodiversitätsstrategie, die kommende EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur und den *2030 Nature Compact* der G7 zügig umsetzen.
- »Die Bundesregierung wird das Hochseeabkommen der Vereinten Nationen zeitnah ratifizieren.

Stärkung der globalen Ernährungssicherheit

Die Klimakrise wird die globale Ernährungssicherheit in Zukunft besonders gefährden. Sie bedroht das Menschenrecht auf Nahrung. Die Bundesregierung setzt sich daher für eine Transformation hin zu nachhaltigen und widerstandsfähigen Agrar- und Ernährungssystemen

ein, um im Verbund mit Partnern weltweit das Nachhaltigkeitsziel 2 „Kein Hunger“ der Agenda für nachhaltige Entwicklung noch bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Das von der Bundesregierung während der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 gegründete Bündnis für globale Ernährungssicherheit soll als Plattform für die zukünftige Koordinierung von Unterstützungsmaßnahmen zur Erreichung dieses Ziels dienen.

Bei unserem internationalen Engagement für Ernährungssicherheit stehen benachteiligte und vulnerable Bevölkerungsschichten im Mittelpunkt. Die Bundesregierung unterstützt Partnerregierungen weltweit dabei, das Recht auf Nahrung zu einem Maßstab ihres Handelns zu machen und die Landwirtschaft auf nachhaltige Weise umzustrukturieren. Besondere Aufmerksamkeit richten wir dabei auf Menschen in Krisen- und Konfliktsituationen.

Um Agrar- und Ernährungssysteme nachhaltiger und resilienter zu gestalten, ist die Zusammenarbeit aller Akteure in einem integrierten Sinne über verschiedene Sektoren wie Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt, Energie und Gesundheit

Die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung ist ein Leitbild des Handelns der Bundesregierung. Nicht-sichere und nicht-angemessene Nahrung beeinträchtigt die Gesundheit der Menschen. Sie führt auch zu entwicklungspolitischen Rückschritten, volkswirtschaftlichen Schäden und zur Destabilisierung von Gesellschaften – mit Auswirkungen auch auf Deutschland.



Die Bundesregierung setzt sich für eine Transformation hin zu nachhaltigen und widerstandsfähigen Agrar- und Ernährungssystemen ein.

hinweg erforderlich. Dazu bedarf es auch einer Verbesserung der globalen Governance von Agrar- und Ernährungssystemen, insbesondere der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und des Welternährungsausschusses. Dadurch können mehrere Ziele erreicht werden: eine Landwirtschaft, die nährstoffreiche Nahrungsmittel produziert, die aber auch weniger Treibhausgase verursacht und die Biodiversität schützt. Gleichzeitig trägt aktiver Klimaschutz dazu bei, die Produktion zu sichern und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen – zualterererst für besonders betroffene Kleinbäuerinnen und -bauern. Eine nachhaltige Umgestaltung zielt auch darauf ab, dass lokale und regionale Agrar- und Ernährungssysteme unabhängiger von weltweiten Krisen und Konflikten sind und durch bessere Anpassung an die Klimakrise einen größeren Beitrag zur Ernährungssicherung der lokalen Bevölkerung leisten können. Damit dies nicht in Protektionismus und die dadurch

entstehenden Verknappungseffekte umschlägt, setzt sich die Bundesregierung verstärkt für einen gleichberechtigten Handel und den Abbau von Handelsbeschränkungen ein, einschließlich nicht-tarifärer Handelshemmnisse auf den globalen Agrarmärkten. Dazu gehören auch eine Neuausrichtung der Lieferketten, der Ausbau einer nachhaltigen regionalen Produktion vor Ort und die Verringerung von Nachernteverlusten.

»Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung ist und bleibt Leitbild des Handelns der Bundesregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Bundesregierung an der weiteren Verbesserung der Architektur für globale Ernährungssicherheit engagiert mitwirken und international zusammen mit Partnern Führung übernehmen.

»In unserer nationalen Agrarpolitik wird die Bundesregierung gezielt Maßnahmen ohne

handelsverzerrende Wirkung implementieren, während wir uns zugleich für eine Fortführung des Reformprozesses der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zu wettbewerbskonformen Handelsbedingungen einsetzen. Ebenso engagieren wir uns im Rahmen der WTO-Verhandlungen für die Begrenzung handelsverzerrender Subventionen.

»Die Bundesregierung hat sich der *Zero Hunger Coalition* angeschlossen und wird ihre Ausgaben im Bereich globale Ernährungssicherheit entlang der dort definierten Prioritätsbereiche orientieren. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass sich alle Teilnehmenden des *Agricultural Markets Information System* (AMIS) der G20 an der Finanzierung des Systems beteiligen und Daten zu ihrer Agrarproduktion und zu Lagerbeständen zur Verfügung stellen.

»Die Bundesregierung setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass Exportbeschränkungen, die sich negativ auf die globalen Preise für Nahrungsmittel auswirken können, unterlassen oder Käufe des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen davon ausgenommen werden. Ebenso wollen wir den Anbau von pflanzlichen Proteinen sowie die Nutzung regionaler Nährstoffkreisläufe global, in den G7 und der EU erhöhen.

»Die Bundesregierung setzt sich für eine Stärkung der internationalen Agrarforschung ein. Dabei streben wir eine Zusammenarbeit mit Akteuren des landwirtschaftlichen Innovationssystems sowie Kleinbäuerinnen und -bauern in Partnerländern an, um Technologien und Managementpraktiken für eine nachhaltige und klima- und

biodiversitätsfreundliche Landwirtschaft mit dem Fokus auf lokale Gemeinschaften zu fördern. Wir werden auch den Aufbau von Forschungs Kooperationen für Welternährung zwischen Agrar- und Ernährungsforschungseinrichtungen in Partnerländern und solchen in Deutschland unterstützen.

»Die Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen für Züchtungsforschung verbessern. Wir werden unter anderem die Züchtung von klima- und standortangepassten, robusten und ertragreichen Sorten voranbringen. Deutschland kann hier in Europa eine Vorreiterrolle in der Forschung einnehmen. Dabei werden wir auch die Chancen und Risiken von neuen Züchtungstechniken, z.B. CRISPR/Cas, in den Blick nehmen.

»Kurzfristige Nothilfe- und mittelfristige Unterstützungsmaßnahmen will die Bundesregierung so gestalten, dass sie zu einer langfristigen Transformation hin zu nachhaltigen Agrar- und Ernährungssystemen beitragen: Sie sollen die lokale nachhaltige Produktion in integrierten Systemen fördern, den Anbau von Kulturpflanzen diversifizieren und dadurch Importabhängigkeiten abbauen.

»Die Bundesregierung strebt an, ihre Unterstützung für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und anderen humanitären Akteuren weiter auszubauen. Die Bundesregierung verfolgt zudem eine stärkere Unterstützung der Welternährungsorganisation und des Welternährungsausschusses mit dem Ziel einer langfristigen Transformation der Ernährungssysteme.



Auch die globale Prävention von und schnelle Reaktion auf Pandemien ist essenziell für die Gewährleistung menschlicher Sicherheit.

Verbesserung der globalen Pandemieprävention

Die COVID-19-Pandemie hat in großer Deutlichkeit die Verwundbarkeit aller Staaten und des gesamten internationalen Austauschs offengelegt. Für eine wirkungsvolle Pandemieprävention verfolgt die Bundesregierung einen ganzheitlichen *One Health*-Ansatz, der die engen Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt aufgreift. In diesem Sinne wird die Bundesregierung die globalen Partnerländer beim Aufbau einer Pandemieprävention, beim Aufbau inklusiver, digitaler und resilienterer nationaler Gesundheitssysteme und einer Basisgesundheitsversorgung unterstützen und sich in die Arbeit der für *One Health* verantwortlichen internationalen Organisationen mit Expertise einbringen.

Die globale Prävention von und schnelle Reaktion auf Pandemien ist essenziell für die Gewährleistung menschlicher Sicherheit. Die Vorsorge vor Pandemien und ihre Bekämpfung sind daher auch sicherheitspolitische Aufgaben. Fehlende Gesundheitsversorgung schränkt eine wirksame Pandemieprävention empfindlich ein und verschärft zudem Probleme wie Armut, Hunger und fehlende Entwicklung. Pandemievorsorge kann in einer vernetzten Welt nur global erfolgen: Die Bundesregierung wird daher ihr internationales Engagement auf diesem Gebiet weiter verstärken. Wir werden Maßnahmen zur Vorbereitung auf künftige Pandemien und zu deren Abwehr intensivieren, die globale Gesundheitsarchitektur ausbauen und Frühwarnsysteme verbessern.

Zugleich werden wir unsere nationale Resilienz durch die langfristige Absicherung unserer medizinischen Versorgung und Lieferketten ausbauen. Dafür ist es wichtig, Abhängigkeiten zu vermeiden, insbesondere durch Diversifizierung der Importe, durch den Erhalt und Ausbau eigener und europäischer Produktionsfähigkeiten von kritischen Gütern wie Medikamente und ihrer Vorprodukte sowie Produkte für den Gesundheitssektor.

Außerdem streben wir die Verbesserung der Früherkennung von Pandemie- und Zoonose-Gefahren sowie Investitionen in sicherheitsrelevante Forschung und Entwicklung an. Unsere Reaktionsfähigkeit auf Hilfsanfragen anderer Staaten, nicht zuletzt unserer europäischen Nachbarn, werden wir durch verbesserte Koordinierungsstrukturen innerhalb der Bundesregierung und durch engen Austausch in der EU verbessern. Wir werden zudem die Ausbildung spezialisierter Expertinnen und Experten für die Ausbruchserkennung und -bekämpfung fördern.

Auf europäischer Ebene wird sich die Bundesregierung zudem für eine stärkere Koordinierung von Maßnahmen zur Vorbereitung auf und Abwehr künftiger Pandemien einsetzen, innerhalb der EU insbesondere durch *EU4Health*, über die europäische Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) und im Rahmen der neuen EU-Strategie zu globaler Gesundheit.

»Die Bundesregierung wird die Umsetzung des unter deutschem G7-Vorsitz 2022 verabschiedeten Pandemiepaktes vorantreiben.

»Die Bundesregierung wird sich für eine auch finanziell gestärkte WHO im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen einsetzen.

»Die Bundesregierung unterstützt das neu geschaffene Zentrum der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Pandemie-Früherkennung (*Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence*) in Berlin als Knotenpunkt für die schnelle Analyse und Nutzung von Pandemiedaten.

»Die Bundesregierung engagiert sich dafür, zentrale Elemente der multilateralen ACT-A-Initiative zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in enger Abstimmung mit der WHO in eine globale Gesundheitsarchitektur zu integrieren, damit die Weltgemeinschaft schneller und effektiver auf künftige Gesundheitskrisen reagieren kann und ein fairer weltweiter Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und medizinischen Gütern sichergestellt ist.

»Die Bundesregierung unterstützt den Pandemiefonds bei der Weltbank. Zugleich wird sie sich für verbindlichere völkerrechtliche Regelungen beim Umgang mit Pandemien einsetzen, vor allem im Rahmen der Verhandlungen für ein neues Pandemieabkommen und bei der Reform der internationalen Gesundheitsvorschriften.

Integrierte Sicherheit gemeinsam gestalten



Eine Politik der Integrierten Sicherheit erfordert Anpassungen unserer Politik an neue Herausforderungen.

Diese Sicherheitsstrategie soll darüber hinaus auch zur Weiterentwicklung der strategischen Kultur in Deutschland beitragen und Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche Debatte sein. Ziel der Bundesregierung ist es, ein in der Breite unserer Gesellschaft verankertes Verständnis von Integrierter Sicherheit zu entwickeln. Es gilt, gemeinsam zu erfassen, was zum Erhalt und zur Stärkung der Sicherheit und Freiheit Deutschlands getan werden muss, damit unser Land und unsere Politik wehrhaft, resilient und nachhaltig sind.

Die Bundesregierung steht zu diesem Zwecke auch zu einem regelmäßigen Austausch mit dem Deutschen Bundestag und den Ländern zu Fragen der nationalen Sicherheit und zur Umsetzung der Nationalen Sicherheitsstrategie bereit. Sie wird darüber hinaus auch den kontinuierlichen Dialog mit den Menschen unseres Landes zu diesen Themen führen.

Denn für die Sicherheit in unserem Land tragen wir alle Verantwortung, und wir alle haben etwas beizutragen. Gemeinsam gestalten wir unsere Zukunft aktiv – wehrhaft, resilient und nachhaltig.

Bildnachweis

Cover: gettyimages - NicoElNino ; S. 5 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Thomas Köhler; S. 6 Bündnis90 Die Grünen; S. 8 Florian Gaertner/photothek.de; S. 8 Bundeswehr/Julia Kelm; S. 8 picture alliance/dpa/Marcus Brandt; S. 8 picture alliance / Zoonar; S. 10 picture alliance / Zoonar; S. 12 picture alliance / AA / Metin Aktas; S. 14 picture alliance / photothek; S. 16 BBK; S. 18 Janine Schmitz/photothek.net; S. 21 Bundeswehr /Christian Vierfuß; S. 22 NATO; S. 25 picture alliance / Eibner-Pressefoto | Eibner-Pressefoto/Roger Buerke; S. 26 picture alliance / Flashpic | Jens Krick; S. 28 Bundeswehr/Anne Weinrich; S.31 2022 Bundeswehr/Mario Bähr; S. 32, 33 Bundeswehr/Tanja Wendt; S. 34 Bundeswehr/Tom Twardy; S. 37 picture alliance / SZ Photo / Natalie Neomi Isser; S. 41 A. Spangenberg / EUCAP Sahel Niger / ZIF; S. 43 GIZ/Hamish John Appleby; S. 46/47 picture alliance / imageBROKER | Schoening; S. 49 Thomas Trutschel/photothek.net; S. 51 GIZ/Florian Kopp; S. 53 picture alliance/dpa | Marcus Brandt; S. 58 DLR (CC-BY 3.0); S. 60 DLR (CC BY-NC-ND 3.0); S. 63 Bundeswehr/Francis Hildemann; S. 65 picture alliance/dpa; S. 66 GIZ; S. 67 picture alliance/Jochen Tack; S. 69 picture alliance / Rupert Oberhäuser | Rupert Oberhäuser; S. 71 gettyimages - Kobus Louw; S. 73 gettyimages - NicoElNino

Impressum

Herausgeber

Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin
www.auswaertiges-amt.de, poststelle@auswaertiges-amt.de

Stand

Juni 2023

Gestaltung

ressourcenmangel GmbH, 10997 Berlin

Bestellmöglichkeit

Publikationsversand der Bundesregierung
 Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
 Servicetelefon: 030 18 272 2721
 Servicefax: 030 1810 272 2721
publikationen@bundesregierung.de

Bestellung über das Gebärdentelefon:

gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de

Online-Bestellung:

www.bundesregierung.de/publikationen

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter:

www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



www.bundesregierung.de
www.auswaertiges-amt.de